



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Wunsch und Wirklichkeit

Der Kommunalgipfel im Herbst wirft seine Schatten voraus. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden hat Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer ein dickes thematisches Paket geschnürt. Verhandelt wird über das Niveau des kommunalen Finanzausgleichs 2015 und über die Struktur des Finanzausgleichssystems, über die Ganztagsplatzgarantie des Ministerpräsidenten und sein Versprechen, Bayern barrierefrei zu machen.

Wie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, vor Journalisten in München feststellte, stellten sich die Kommunen ihrer Mitfinanzierungsverantwortung, könnten aber nicht alle ehrgeizigen Ziele, die die Staatsregierung setzt, alleine schultern.

Gute Basis

Maly zufolge schafft das im Entwurf vorliegende Gutachten des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität Köln zum kommunalen Finanzausgleich eine gute Basis für eine gründliche Erörterung von komplizierten Fragen zu Gemeindegeldzuweisungen, Steuerkraft und Ermittlung des Ausgabenbedarfs. Alle vier kommunalen Spitzenverbände hätten einvernehmlich mit dem Finanzministerium und dem Innenministerium dieses Gutachten in Auftrag gegeben, um die Verteilungssystematik detailliert zu untersuchen. Alle Beteiligten hätten sich im Vorfeld gemeinsam auf diesen Gutachter geeinigt und zusammen einen differenzierten Fragenkatalog erarbeitet.

Laut Maly prüft das Gutachten Neujustierungen im Gefüge des Finanzausgleichs. Das Gutachten sieht eine Notwendigkeit für die Einwohnergewichtung und landesweit einheitliche Nivellierungssätze – derzeit stellt das Finanzministerium Proberechnungen an, um die Auswirkung der komplexen mathematischen Formeln zu testen.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Die Gutachter unterstreichen, dass zur Beurteilung der Ergebnissgerechtigkeit die Einnahmen und die Ausgaben zu betrachten sind. Damit wird die isolierte Forderung zurückgewiesen, die lediglich Eingriffe bei der Berechnung der Steuerkraft vornehmen will.

Zentralitätsfunktionen

Das Gutachten bestätige die Position des Städtetags, wonach bei Orten mit Zentralitätsfunktionen eine Bedarfsanerkennung mit Einwohnergewichtung und weiteren Zentralitätsindikatoren notwendig ist; damit würden auch die Zentralitätsfunktionen der kreisangehörigen Gemeinden berücksichtigt. Maly:

Deutscher Städtetag:

Unwägbarkeiten und Unsicherheiten

Der Deutsche Städtetag hat sich jüngst zu den Themen Prostitutionsgesetz, Hebammenversorgung und bezahlbares Wohnen positioniert. Wie Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Articus unterstrich, begrüßt sein Verband das Vorhaben der Bundesregierung, das Prostitutionsgesetz umfassend zu überarbeiten, um Frauen zu schützen und eine verbesserte Kontrolle der Prostitution in Deutschland zu ermöglichen.

Die Städte erachten es als wichtig, sich den mit Prostitution einhergehenden Problemen zu stellen. Dazu gehöre, Prostituierte vor Gewalt und der Ausbeutung in Zwangslagen zu schützen und ihre Situation insgesamt zu verbessern, erklärte Articus. Zudem bestehe Regelungsbedarf, um Beeinträchtigungen der Bevölkerung besonders durch Straßen- und Wohnungsprostitution zu verhindern.

Keine Kriminalisierung

„Prostituierte zu kriminalisieren löst das Problem nicht. Stattdessen gilt es, Frauen vor Zwangsprostitution zu schützen und bundesweit geförderte niedrigschwellige Beratungsangebote für Prostituierte auszuweiten sowie Ausstiegsprogramme stärker zu etablieren. Außerdem brauchen die Menschen in der Nachbarschaft von Straßen- und Wohnungsprostitution mehr Schutz vor den negativen Begleiterscheinungen“,

„Revolutionäre Veränderungen werden wohl nicht stattfinden, wie Ministerpräsident Horst Seehofer treffend beim Bayerischen Städtetag in Altötting festgestellt hat. Es wird wohl das bisherige komplizierte, aber keineswegs schlechte System, mit neuen, auch komplizierten



Dr. Ulrich Maly.

und hoffentlich besseren Elementen ergänzt.“

„Mit dem Versprechen des Ministerpräsidenten, die Ganztagsbetreuung beim Kommunalgipfel zu thematisieren,

kommt hoffentlich Dynamik in eine unbefriedigende Situation. Leider gibt es die Ganztagschule noch nicht in der Qualität, wie sie die Eltern und Kinder wünschen, mit sicheren Betreuungszeiten am Freitagnachmittag und in Ferien, mit guten pädagogischen Angeboten und Betreuungsangeboten, in der Vernetzung mit Vereinen und Verbänden im Freizeitbereich“, fuhr der Städtetagschef fort: „Der Freistaat muss Ganztagschulen personell und finanziell besser ausstatten. Wir brauchen eine Harmonisierung bei Trägerschaft und Finanzierung von Ganztagsangeboten. Die Zusammenarbeit von Schule und Betreuungsangeboten muss verbessert werden.“

Angebote harmonisieren

Wie Maly hervorhob, müsse der Ganztags so gestaltet sein, dass die Menschen ihn verstehen. Der erste Schritt zur Umsetzung der Ganztagsgarantie sei, den „Wirrwarr zwischen Horten und schulischer Mittagsbetreuung“ aufzuräumen. Es gelte, das Durcheinander mit einem Dutzend unterschiedlicher Angebote in Schulen und Horten zu harmonisieren und zu gliedern. „Wir brauchen einen Baukasten mit einigen tragfähigen Elementen, die sich passgenau vor Ort zusammenfügen lassen.“ Das Schulwesen müsse so angepasst werden, dass El-

(Fortsetzung auf Seite 4)

BKPV-Geschäftsbericht 2013:

Public Compliance

Aktuelle Fragen aus der Prüfungs- und Beratungstätigkeit bilden den Schwerpunkt des Geschäftsberichts 2013 des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, München. Neben den Kosten eines Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst und der Berechnung des Honorars bei vertraglichen Änderungen des „Leistungsumfangs“ werden unter anderem die Themen kommunale Dauerverlustbetriebe, Steuerschuldnerschaft bei der Erstellung von Hausanschlüssen sowie Compliance in kommunalen Unternehmen einer detaillierten Betrachtung unterzogen.

Die Personalausgaben bzw. -aufwendungen spielen bei allen Kommunen eine große Rolle und machen einen erheblichen Anteil an den Gesamtausgaben bzw. -aufwendungen aus. Um dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu genügen, sollten die Kosten eines Arbeitsplatzes nach Ansicht des BKPV ermittelt, fortlaufend kontrolliert und zeitnah fortgeschrieben werden.

Kostenermittlung

„Die Veröffentlichung ermöglicht die Berechnung der Kosten eines Arbeitsplatzes nach einem vereinfachten Verfahren der Kostenermittlung. Die Sachkosten eines Arbeitsplatzes wurden anhand der durchgeführten Erhebungen bei unseren Mitgliedern fortgeschrieben“, so der Bayerische Kommunale Prüfungsverband. Bei den Personalkosten bei Beamten werde künftig der Familienzuschlag der Stufe 2 statt bisher Stufe 1 berücksichtigt, da er den Verhältnissen bei den Mitgliedern eher entspricht.

Die Kosten des Arbeitsplatzes für Büro- und Nicht-Büroarbeitsplätze wurden insgesamt neu berechnet. „Wir werden die Entwicklung der Kosten des Arbeitsplatzes weiter beobachten, Erhebungen hierzu durchführen, das Datenmaterial einer ständigen Evaluation unterziehen und die Ergebnisse veröffentlichen. Besonders aufmerksam werden wir die Erkenntnisse, die aus der Führung einer Kosten- und Leistungsrechnung gewonnen werden können, verfolgen“, teilt der BKPV mit und ergänzt: „Ein Großteil unserer Mitglieder arbeitet mit den Veröffentlichungen der Gemeindekasse Bayern zu

den Personaldurchschnittskosten oder Kosten eines Arbeitsplatzes. Wir empfehlen diesen, soweit die Umstellung auf die neuen Werte nicht während des Jahres vorgenommen wird, sie aus pragmatischen Gründen zum 1. Januar 2015 durchzuführen.“

Risikomanagement

Was das Thema Risikomanagement anbelangt, so gewinnt dieses auch in der öffentlichen Verwaltung zunehmend an Bedeutung. Der BKPV hat für die Inventur und Bewertung von Risiken ein Modell entwickelt, das sich insbesondere in allen Bereichen, in denen Ansprüche und Zahlungsverpflichtungen

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

Es tut sich was in Sachen Alphabetismus. Allerdings werden in Zukunft Aufklärungskampagnen alleine nicht reichen, um das Problem zu lösen. Gefragt sind eine differenzierte Herangehensweise und viel Fingerspitzengefühl in der Ansprache der Problemgruppe. Die Volkshochschule hat hier einen klaren Auftrag. Seite 11

Klare Regelungen

Articus zufolge ist es für die Städte besonders wichtig, dass der Bund das Prostitutionsgewerbe gesetzlich klar regelt und wirksame Kontrollen von Prostitutionsstätten sichert. Für diese Kontrollen auch mit Blick auf die Bekämpfung von Menschenhandel, Zwangsprostitution und Prostitution von Minderjährigen sowie die kriminellen Begleiterscheinungen von Prostitution strebten die Städte eine enge Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den kommunalen Ordnungsbehörden an. Diese Kooperation sollte künftig gesetzlich verankert werden.

Desweiteren appellieren die Städte an den Bund, zeitnah eine angemessene und langfristig tragfähige Lösung für eine funktionierende Hebammenversorgung umzusetzen. „Hebammen sind ein unverzichtbarer Bestandteil der gesundheitlichen Versorgung. Wir brauchen diesen Berufsstand

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sie lesen in dieser Ausgabe

Messe München: Beeindruckende Erfolgsstory	Seite
Verwaltung: Für eine moderne Personalpolitik	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Leben M(m)acht Geschichte	3
Sommerkolloquium: Ländliche Kulturen als Rettungsanker?	3
Syrienhilfe in Abensberg: Schaut nicht weg!	3
Breitband: Erste Förderbescheide ausgehändigt	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Bauthemen	5-6
Wasser · Abwasser	7-9
Aus den bayerischen Kommunen	10-12

Verwaltung der Zukunft:

Für eine moderne Personalpolitik

Praxisbeispiele aus Kommunen

Angesichts älter werdender Belegschaften sowie veränderter Arbeitsbedingungen wird sich auch die öffentliche Verwaltung in den kommenden Jahren verändern. Gerade auf kommunaler Ebene geht es um nichts weniger, als auch in Zukunft moderne Dienstleistungen für die Bürger bereitzustellen und dabei auf gute Arbeitsbedingungen als wesentlichen Erfolgsfaktor zu setzen.

Praxisorientierte Tipps für eine zukunftsorientierte Personalpolitik bietet nunmehr eine neue Handreichung mit dem Titel „Verwaltung der Zukunft“. Vorgelegt wurde der Report von der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA), die im Jahr 2002 als gemeinsame Initiative von Bund, Ländern, Sozialversicherungsträgern, Sozialpartnern und Stiftungen startete. Das Ziel: bessere Arbeitsqualität als Voraussetzung für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft am Wirtschaftsstandort Deutschland.

Die Publikation zeigt, wie Engagement, Motivation, Gesundheit und Kompetenz der Belegschaft erhalten und gefördert werden können. Entlang der zentralen personalpolitischen Handlungsfelder Führung, Chancengleichheit & Diversity, Gesundheit sowie Wissen & Kompetenz enthält sie eine komprimierte Darstellung von Trends, Anregungen und insgesamt 20 erfolgreichen Praxisbeispielen aus Kommunen, Landes- und Bundesbehörden.

Diese Beispiele verdeutlichen,

wie sich die zentralen personalpolitischen Themen mit Leben füllen lassen. Antworten zu verschiedensten Fragen werden gegeben: Wie kann eine mitarbeiterorientierte Personalführung umgesetzt werden? Wie lassen sich Chancengleichheit und Vielfalt in einer Behörde verwirklichen? Welche Voraussetzungen sind für gesundes Arbeiten notwendig? Wie stellen sich Verwaltungen mit den richtigen Kompetenzen zukunftsgerichtet auf? Wie kann Wissen gesichert und weitergegeben werden? Was heißt es, ein attraktiver Arbeitgeber zu sein?

Wie angesichts älter werdender Belegschaften eine zukunfts-fähige Personalarbeit aussehen kann, wird unter anderem am Beispiel der Stadt Erlangen aufgezeigt. Die demografische und gesellschaftliche Entwicklung stellt die dortige Stadtverwaltung in zweifacher Hinsicht vor Herausforderungen: Zum einen werden neue Ansprüche und Produkte zukünftig mehr Kompetenz und Flexibilität seitens der Beschäftigten erfordern. Zum

anderen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst Teil des demografischen Wandels.

Der aktuelle Aufbau der betrieblichen Altersstruktur weist die Mitarbeitergruppe 50plus bereits heute als stärkste Beschäftigten-gruppe aus. Im Rahmen des durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderten Projektes „ReDeKoo – Regionale Demografie Kooperation“ wurde die Stadt Erlangen von der ffw GmbH – Gesellschaft für Organisations- und Projektentwicklung beraten. Das Projekt steht unter dem Titel „Gesund alt werden bei der Stadt Erlangen“ und ist Teil der Initiative Neue Qualität der Arbeit. Dabei wurden Fragen und Herausforderungen im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel diskutiert und praktische Gestaltungsansätze für eine gesundheits- und lernfördernde Verwaltungskultur gemeinsam erarbeitet.

Sensibilisierung

Das Projekt hat wesentlich dazu beigetragen, die betrieblichen Akteure für die Herausforderungen der demografischen Entwicklung zu sensibilisieren und die Beschäftigten an der Entwicklung von Gestaltungslösungen zu beteiligen. Ziel ist es, mit den Beschäftigten die Verhältnisse zu gestalten und sie dabei zu unterstützen, sich weiterzuentwickeln. Damit wurde das Fundament für eine nachhaltige Weiterentwicklung gelegt.

Für ein weiteres erfolgreiches Praxisbeispiel steht die Landeshauptstadt München: Für ihre mehr als 32.000 Beschäftigten an über 700 Standorten in zwölf Referaten und sechs Eigenbetrieben hat die „Weltstadt mit Herz“ bereits 2003 ein Betriebliches Gesundheitsmanagement entwickelt, das flächendeckend greift. Die stadtweite Verankerung wird über die Führungskräfte, den Aufbau qualifizierter, dezentraler Koordinatoren für Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagement sowie über eine gute Vernetzung aller gesundheitsrelevanten Akteure vorangetrieben. Ziel ist es, Arbeitsfähigkeit und Gesundheit zu erhalten und zu fördern. Dabei hat sich die Messung der Arbeitsfähigkeit als wichtige Kennzahl etabliert.

Aufgrund ihrer vielseitigen und nachhaltigen Aktivitäten auf dem Gebiet des Betrieblichen Gesundheitsmanagements wurde die Landeshauptstadt zum vierten Mal in Folge ausgezeichnet; zuletzt mit dem Corporate Health Award 2012. **DK**

50 Jahre Messe München GmbH:

Beeindruckende Erfolgsstory

Bilanz 2013 weist Rekordergebnis aus - Konzernumsatz wächst auf 353 Mio. Euro

Die Messe München GmbH feiert heuer ihr 50-jähriges Bestehen. Wie kaum ein anderes Unternehmen hat sie die Landeshauptstadt und ihr Umland mitgeprägt. Was am 1. April 1964 mit gerade einmal 20 Mitarbeitern auf der Theresienhöhe begann, ist heute einer der weltweit führenden Messeveranstalter mit jährlich über 200 Veranstaltungen allein am Standort München, darunter rund 40 Fachmessen für Investitionsgüter, Konsumgüter und Neue Technologien.

Über 30.000 Aussteller und rund zwei Millionen Besucher besuchen jährlich die Veranstaltungen auf dem Messegelände, im ICM - Internationales Congress Center München und im MOC Veranstaltungszentrum München. Rund 600 Mitarbeiter sorgen dabei für die erfolgreiche Umsetzung des Messegeschäfts am Heimatstandort. Gemeinsam mit Kunden und Partnern wurde das traditionsreiche Veranstaltungsformat Messe ins digitale Zeitalter geführt.

Doch ist die Messe München International nicht nur in München daheim. Mit einer Beteiligung am Shanghai New International Expo Center (SNIIEC), einem Netzwerk an Beteiligungsgesellschaften in Europa, Asien und Afrika sowie über 60 Auslandsvertretungen, die mehr als 100 Länder betreuen, ist sie rund um den Globus präsent. Fachmessen in China und Indien gehören mittlerweile ebenso zum Auslandsportfolio wie in der Türkei und in Südafrika.

Commitment

„Wir sind stolz auf diese Erfolgsgeschichte und werden sie mit großer Leidenschaft in den kommenden Jahren fortführen“, so Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung. „Nicht zuletzt haben wir diese Erfolgsstory dem uneingeschränkten Commitment unserer Gesellschafter Landeshauptstadt München und Freistaat Bayern zu verdanken. Der Umzug der Messe München auf das neue Areal in Riem war Initial für unsere Positionierung als einer der großen Player auf dem internationalen Messemarkt.“

Zum runden Geburtstag konnten Dittrich und sein Stellvertreter Dr. Reinhard Pfeiffer nunmehr eine Jahresbilanz vorlegen, die die wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung des Unternehmens eindrucksvoll untermauert. Nach dem wirtschaftlich erfolgreichsten Jahr ihrer Unternehmensgeschichte ist die Messe München International mit ei-

nem Konzernumsatz von 353 Mio. Euro erstmals auf Platz 2 im Ranking der deutschen Messegesellschaften gerückt.

2013 erwirtschaftete die Messe München GmbH zum vierten Mal in Folge ein positives Jahresergebnis und übersprang beim Umsatz mit 309,5 Mio. Euro erstmals die 300 Mio. Euro-Marke. In den Konzernumsatz der Messe München International von 353 Mio. Euro fließt zusätzlich vor allem das Geschäft mit Messeveranstaltungen im Ausland ein.

Neuer Höchstwert

Auch das EBITDA der Messe München GmbH hat mit 112,9 Mio. Euro (2012: 66,7 Mio. Euro) einen neuen Höchstwert erreicht und übertrifft die Planungen um 26,9 Mio. Euro. Mit diesem Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen nimmt das Unternehmen Platz 1 in Deutschland ein. „Zu dem außergewöhnlich starken Ergebnis hat neben den Inlandsbeteiligungen wie Meplan und IMAG auch die Beteiligung am Messegelände in Shanghai beigetragen“, erklärte Reinhard Pfeiffer. Und Klaus Dittrich ergänzte: „Der Messepark München hat 2013 einen echten Bedeutungsgewinn erfahren. Bei Aussteller- wie auch Besucherzahlen haben wir eine Vielzahl neuer Bestmarken gesetzt und sind mit knapp drei Prozent deutlich stärker gewachsen als der Messeplatz Deutschland.“

Auch die Beteiligung aus dem Ausland fällt mit fast zehn Prozent im Gegensatz zu den übrigen deutschen Messegesellschaften (plus 2 %) überproportional hoch aus. Bei den Besucherzahlen konnte die Messe München mit einem Plus von 8,5 Prozent erheblich zulegen.

Zum besten Unternehmensergebnis beigetragen haben 2013 gleich mehrere Messe-Highlights: Neben jährlichen Erfolgsgaranten wie der ISPO, der EXPO REAL oder auch der f.r.e.e fanden auf dem Münchner Messe-

gelände unter anderem die BAU, die drinktec, die production und die flächenmäßig weltgrößte Messe bauma statt. Mit dem Spin-off bauma Africa in Johannesburg hat die Messe München 2013 erstmals in der Geschichte des Unternehmens mit einer großen Fachmesse den afrikanischen Kontinent betreten. Eine weitere erfolgreiche Premiere konnte im vergangenen Jahr die IFAT India in Mumbai feiern. Auch im laufenden Jahr 2014 fanden in der Messe München bereits einige Messe-Highlights statt.

Die Messe München kann noch mit einer weiteren Erfolgsmeldung aufwarten: Laut einer neuen Studie des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung über die wirtschaftlichen Folgewirkungen der Münchner Messen und Kongresse für München, den Freistaat Bayern und das übrige Deutschland sichert die Messe München durch ihre Aktivitäten am Standort München 24.394 Arbeitsplätze, davon 14.177 in der bayerischen Landeshauptstadt und 5.774 im restlichen Bayern. Aussteller und Besucher der Messeveranstaltungen generieren pro Jahr einen bundesweiten Gesamtumsatz von 2,63 Mrd. Euro und erzeugen ein Gesamtsteueraufkommen in Höhe von 490 Mio. Euro.

Dittrich zufolge unterstreichen die Ergebnisse der ifo-Studie erneut die bedeutende Hebelwirkung der Messe München für die heimische Wirtschaft. „Dank der Messe München kann sich insbesondere der bayerische Mittelstand in immer stärkerem Maße über hohe Umsätze und volle Auftragsbücher freuen. In Relation zu unserem eigenen Umsatz gilt folgende Faustformel: Jeder Euro Umsatz bei der Messe München GmbH generiert etwa sechs Euro direkte sowie rund elf Euro indirekte Kaufkrafteffekte in Deutschland.“

Besonders positiv sei der Blick auf die langfristige Entwicklung: Die durch die Messe München ausgelösten jährlichen Kaufkrafteffekte sind zwischen 2001 und 2013 um 45 % gestiegen, das Gesamtsteueraufkommen sogar um 58 %. Nach Dittrichs Worten zieht die Messe München immer mehr ausländische Messegäste zu den Weltleitmesse nach München. So habe man den ausländischen Besucheranteil in den vergangenen zwölf Jahren nahezu verdoppelt. Diese internationalen Besucher blieben länger in der Stadt und gäben dann auch mehr Geld für Übernachtung, Essen oder Einkäufe aus.

Für die aktuelle Studie hat das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung 2013 die direkten und indirekten Folgewirkungen der Münchner Messen und Kongresse zum dritten Mal nach der Messerverlagerung 1998 ermittelt. Dabei wurden die ausgelösten Umsätze und Steuern erfasst sowie die Zahl der vom Messe- und Kongressgeschäft abhängigen Erwerbstätigen berechnet. Betrachtet wurde der Zeitraum von 2010 bis 2013. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Kubicek
86491 Ebershausen
am 1.9.

Bürgermeister Hans Steindl
84489 Burghausen
am 2.9.

Bürgermeister Adi Fürstberger
84367 Tann
am 4.9.

Bürgermeister
Johann Lotterschmid
86556 Kühbach
am 6.9.

Bürgermeister Albert Lohner
86690 Mertingen
am 11.8.

Landrat
Dr. Hubert Faltermeier
93309 Kelheim
am 14.8.

Bürgermeister
Edmund Wirzberger
97843 Neuhütten
am 31.8.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Norbert Marold
94124 Büchelberg
am 3.9.

Bürgermeister
Johann Bernreuther
86700 Otting
am 9.9.

Bürgermeister Bernhard Ruß
97522 Sand am Main
am 15.8.

Bürgermeister Josef Walz
89284 Pfaffenhofen
am 21.8.

Bürgermeister Gerhard Stuve
89299 Unterroth
am 26.8.

Bürgermeisterin
Brigitte Meyerderks
97769 Bad Brückenau
am 30.8.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Rath
97633 Herbstadt
am 3.9.

Bürgermeister Heinz Meyer
91805 Polsingen
am 6.9.

Bürgermeister
Karl Oberschmid
89368 Winterbach
am 9.8.

Bürgermeister Jakob Herbert
63762 Großostheim
am 12.8.

Bürgermeister
Andreas Meyer
85126 Münchsmünster
am 12.8.

Bürgermeister Peter Ditsch
86931 Pittriching
am 13.8.

Bürgermeister Jürgen Spahl
91126 Rednitzembach
am 13.8.

Bürgermeister Klaus Meier
91413 Neustadt a. d. Aisch
am 22.8.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Kick
92696 Flossenbürg
am 13.8.

Bürgermeister
Dr. Stefan Winter
87719 Mindelheim
am 13.8.

Bürgermeister
Karl-Philipp Ehrler
95236 Stammbach
am 13.8.

Bürgermeister Norbert Eckl
92552 Teunz
am 26.8.

Oberbürgermeister
Dr. Kurt Gribl
86150 Augsburg
am 29.8.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Anton Piermeier
94379 St. Englmar
am 9.8.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dr. Michael Higl
86405 Meitingen
am 18.8.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Baumgartner
93466 Chamerau
am 8.9.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Vier Jahre Nichtraucherschutzgesetz:

Wichtiger Schritt gegen Herzinfarkt und Lungenkrebs

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml wertet das seit vier Jahren geltende Nichtraucherschutzgesetz im Freistaat als Erfolg. Huml betonte anlässlich des Inkrafttretens der Regelungen am 1. August 2010: „Für die Gesundheit der Menschen war der Volksentscheid zum Nichtraucherschutz in Bayern ein wichtiger Schritt. Seit vier Jahren muss im Freistaat niemand mehr beim Besuch einer Gaststätte oder einer Diskothek schädlichen Qualm einatmen.“

Das Gesetz zum Schutz der Gesundheit (GSG) in Bayern soll die Bevölkerung vor den Gefahren des Passivrauchens schützen. Es verbietet das Rauchen auch in Gaststätten und Bierzelten. Huml unterstrich: „Passivrauchen ist sehr gefährlich und kann auch Lungenkrebs verursachen. Für den Freistaat liegt zwar noch keine Bilanz vor. Aber ich gehe davon aus, dass durch das Nichtraucherschutzgesetz zahlreiche Fälle von Herzinfarkten in Bayern verhindert worden sind.“

Rauchverbote führen dazu, dass die Anzahl von Asthma- und Herz-Kreislauferkrankungen sowie Frühgeburten

zurückgehen. Das belegen internationale Studien. Huml ergänzte: „Rauchen bleibt das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko. Zwischen 20 und 40 Prozent aller Krebsarten werden durch Rauchen verursacht.“

Vier von fünf Deutschen für Rauchverbot

Den größten Einfluss hat das Rauchen für Lungenkrebs, Krebserkrankungen der Harnblase, der Speiseröhre, der Bauchspeicheldrüse, des Darms sowie im Mundhöhlen- und Rachenbereich. Die Ministerin betonte: „Erfreulicherweise befürwortete mittlerweile immer mehr

Menschen Rauchverbote in Gaststätten.“ Nach einer Untersuchung der Gesellschaft für Konsumforschung aus dem Jahr 2013 sind vier von fünf Deutschen - fast 82 Prozent - für ein Rauchverbot in Gaststätten. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um über vier Prozentpunkte. **DK**

Online-Chronik:

Von der Theresienhöhe bis Shanghai

Anlässlich des 50-jährigen Firmenjubiläums visualisiert das Unternehmen unter 50Jahre.Messe-Muenchen.de seine Historie in einer Online-Chronik.

Die Microsite „50 Jahre Messe München“ hält grundlegende sowie einprägsame Momente aus der Geschichte der Messe München anschaulich fest: Von den bescheidenen Anfängen auf der Theresienhöhe über das modernste Messegelände der Welt am ehemaligen Flughafengelände in Riem bis hin zum Shanghai New International Expo Center (SNIIEC); von Münchens erster Weltmesse (Internationale Verkehrsausstellung 1965) bis zur größten Messe der Welt (bauma); von Olympia 1972 bis zu Papstbesuch und Medienzentrum der FIFA-Fußball WM 2006. **DK**

Ländliche Kulturen als Rettungsanker?

Sommerkolloquium 2014 der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und der Hanns-Seidel-Stiftung in München

Welche Rolle spielen regionsspezifische Kulturen und Images für die Attraktivität und Entwicklungsfähigkeit ländlicher Kommunen? Wo setzen Akteure Impulse? Lassen sich kreative Milieus gestalten? Wie kann die Landesplanung innovative Ansätze fördern? Mit diesen Fragen befasste sich das gemeinsame Sommerkolloquium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in München.

Nach Darstellung von Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl leben die Menschen in Bayern in besonders guten wirtschaftlichen Verhältnissen; zudem trage das positive Sozialgefüge zu einer hohen Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen bei. Die Ergebnisse einer Umfrage des forsa-Instituts, die der Bayerische Gemeindegats im Sommer 2013 in Auftrag gegeben hatte, unterstützen diese Aussage. 90 Prozent der Bürger gaben an, dass sie gerne in ihrer Gemeinde leben. Gerade in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern wurde die höchste Wohnzufriedenheit verzeichnet.

Lebensqualität

Erfahrungsgemäß rufen engagierte Menschen vor Ort immer wieder beeindruckende Projekte ins Leben, wusste Brandl zu berichten. Daraus erwachsen Lebensqualität, Gemeinschaftsgeist und eine starke Identifikation mit dem Ort. Gleichwohl benötigten die Menschen auch echte Chancen. Brandl zufolge ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen kein Selbstläufer, sondern ein materieller Gestaltungsauftrag. Daher solle das Geld gerechter verteilt und der strukturschwache Raum massiv gefördert werden, unter anderem durch Ansiedlungen großer Unternehmen. Zur Teilhabe an einer positiven Entwicklung zählen für den Gemeindegatschef auch eine gute Infrastruktur und die Förderung von Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiekompetenzen in den ländlichen Regionen.

Mit einem Plädoyer für die Stärkung interkommunaler Initiativen und deren Berücksichtigung in der Raumordnung wartete Dr. Peter Jahnke, Fachbeiratsvorsitzender der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten, auf. Gemeinsam mit dem Planer Otto Kurz machte er sich Gedanken über ein neues Modell im Raumplanungssystem für die ländlichen Räume, das den herkömmlichen, hierarchisch gegliederten zentralörtlichen Ansatz überwindet.

Demnach sollte in einem neuen Raumplanungssystem nicht geregelt werden, wo sich was entwickeln darf und wo nicht. Vielmehr muss beobachtet werden, wo sich welche Potenziale entfalten und warum. „Raumpioniere“ entwickeln dabei eine neue Landkultur und schaffen neue Formen der Daseinsvorsorge. Fördert man diese Potenziale gezielt, so entstehen individuelle Daseinsvorsorgezellen (IDZ), die Dörfer und kleine Landstädte umfassen.

Als konkretes Beispiel präsentierte Diana Gallrapp vom Amt für Ländliche Entwicklung Niederbayern das „Aktionsprogramm Bayerwald“, das im vergangenen Jahr auf Initiative von Staatsminister Helmut Brunner als regionale Plattform ins Leben gerufen wurde. Im Rahmen dieses Programms bildete sich ein Netzwerk aus 111 Kommunen aus fünf niederbayerischen Landkreisen mit dem Ziel,

die Vielfalt und Stärken der Region vermehrt ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Insgesamt 70 Experten aus Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Sozialverbänden haben in mehreren „Impulsrunden“ bereits Projektmaßnahmen aus den fünf Handlungsfeldern Jugend, Senioren, Menschen mit Handicap und Familie / Wirtschaft, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft / Innenentwicklung und Daseinsvorsorge / Bildung und Ausbildung sowie Image und Kommunikation erarbeitet. Zu den Projekten gehören beispielsweise eine regionale Plattform zur EU-Fördermittelberatung, die Baufachberatung für Kommunen und Architekten oder „WOIDSTOCK“, ein Festival, das den Bayerischen Wald in ein neues Bild rücken und mit bisherigen Klischees aufräumen will.

Freiraum für Neues

Viele Leerstände im Ort – für die Künstlerkolonie Fichtelgebirge (KüKo) kein Problem, sieht der Verein doch darin den Freiraum für das Neue, das entstehen kann, hob KüKo-Vorsitzende Sabine Gollner hervor. Nach ihren Worten hat die Künstlerkolonie eine Vision für die Region. „Wir sind überzeugt, dass unsere Mitglieder und Förderer echten positiven Wandel durch wirtschaftlich-kulturelle Aktivitäten bewirken können.“

KüKo ist sowohl eine Plattform für Kunst- und Kulturschaffende als auch eine Netzwerkinitiative für Stadt und Land und schließlich ein kultureller Botschafter für die Region. Im November 2011 als Facebook-Gruppe gegründet, hat sich KüKo schnell als Netzwerk für Kreative im ländlichen Raum Oberfrankens etabliert. Der rege

Initiative in Abensberg zur Syrienhilfe:

Schaut nicht weg!

Nachhaltige Hilfe in Zusammenarbeit mit dem Verein Orienthelfer

Syrien gilt als die Wiege der Zivilisation. Die abendländisch-christliche Kultur ist ohne das syrische Erbe nicht denkbar, es ist eine der ältesten Kulturen der Welt. In der Neuzeit verfügte das Land nicht nur über ein gut funktionierendes Bildungs- und ein hoch entwickeltes Gesundheitssystem. Auch religiöse Koexistenz war in dem multiethnischen Land möglich. Heute jedoch tobt ein grausamer Krieg mit bislang 170.000 Toten, darunter über 10.000 Kinder.

„Abensberg schaut nicht weg!“ ist der Name einer Initiative in der Stadt Abensberg, die sich humanitäre Hilfe und Aufklärungsarbeit um den vergessenen Krieg in Syrien zur Aufgabe macht und Spenden sammelt für den Verein Orienthelfer.

Unter der Schirmherrschaft der evangelischen und katholischen Pfarreien, Pfarrerin Barbara Dietrich und Pfarrer Georg Birner, sowie der Unterstützung des Präsidenten des Bayerischen Gemeindegats, Abensbergs Bürgermeister Dr. Uwe Brandl und des Eine Welt Forum Abensberg hat sich eine Gruppe engagierter Bürger formiert, die Hilfe für syrische Flüchtlinge leisten will. „GEMEINSAM hinschauen und MIT-EINANDER helfen“ lautet das Motto verschiedener Aktionen an

Zulauf zeigt, dass großer Bedarf an einer Schnittstelle für Kreativ-Akteure in der Region bestand, um Synergien zu schaffen und gemeinsam aktiv zu werden.

Der Ansatz von branchenübergreifender Vernetzung von Kreativen sowie die Entwicklung von kreativwirtschaftlichen Geschäftsideen – insbesondere in einer ländlich geprägten Gegend – hat der Initiative die Auszeichnung als „Bewegungsmelder 2012 – Initiativen, die bewegen“ vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie beschert. Das Bayerische Wirtschaftsministerium nominierte KüKo hierfür als bayerisches Vorzeigeprojekt.

Nach Auffassung des Politikwissenschaftlers Dr. Michael Weigl stößt die Fortentwicklung des ländlichen Raums an „nüchtere“ und „emotionale“ Grenzen. Prozesse des Mentalitäts- und Identitätswandels führten tatsächlich nur bedingt zu mentalen Angleichungen zwischen Stadt und Land („Lebenswelt“ versus „Rückzugsgebiet“). Für den ländlichen Raum prognostizierte Bevölkerungsentwicklungen werden sich laut Weigl nicht umkehren lassen.

Ziel aller strukturpolitischen Entscheidungen sei demnach keine „Aufholjagd“, sondern der Erhalt und Ausbau „lebenswerter Räume“ in Stadt und Land. „Rural lifestyles“ seien tendenziell eine Chance für die wirtschaftliche, aber eine Gefahr für die identitäre (und auch politische) Entwicklung des ländlichen Raums. „So wie die regionale Identitätspolitik zu professionalisieren ist, so muss auch ein neues mentales Band zwischen Stadt und Land geknüpft werden“, meinte Weigl.

Anlass zu Optimismus sah Prof. Dr. Holger Magel, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und Experte in der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensbedingungen in Bayern. Bilanzierend stellte er fest: „Ein ‚rural lifestyle‘ ist durchaus produzierbar. Weder darf er altmodisch-ländlich rückwärtsgewandt sein,

Initiative in Abensberg zur Syrienhilfe:

Schaut nicht weg!

Nachhaltige Hilfe in Zusammenarbeit mit dem Verein Orienthelfer

Syrien gilt als die Wiege der Zivilisation. Die abendländisch-christliche Kultur ist ohne das syrische Erbe nicht denkbar, es ist eine der ältesten Kulturen der Welt. In der Neuzeit verfügte das Land nicht nur über ein gut funktionierendes Bildungs- und ein hoch entwickeltes Gesundheitssystem. Auch religiöse Koexistenz war in dem multiethnischen Land möglich. Heute jedoch tobt ein grausamer Krieg mit bislang 170.000 Toten, darunter über 10.000 Kinder.

„Abensberg schaut nicht weg!“ ist der Name einer Initiative in der Stadt Abensberg, die sich humanitäre Hilfe und Aufklärungsarbeit um den vergessenen Krieg in Syrien zur Aufgabe macht und Spenden sammelt für den Verein Orienthelfer.

Unter der Schirmherrschaft der evangelischen und katholischen Pfarreien, Pfarrerin Barbara Dietrich und Pfarrer Georg Birner, sowie der Unterstützung des Präsidenten des Bayerischen Gemeindegats, Abensbergs Bürgermeister Dr. Uwe Brandl und des Eine Welt Forum Abensberg hat sich eine Gruppe engagierter Bürger formiert, die Hilfe für syrische Flüchtlinge leisten will. „GEMEINSAM hinschauen und MIT-EINANDER helfen“ lautet das Motto verschiedener Aktionen an

Hohes Spendenaufkommen

Innerhalb von zwei Monaten nach der Auftaktveranstaltung im Mai konnten die Projekte der Orienthelfer e.V. aus der niederbayerischen Kleinstadt mit knapp 13.000 Einwohnern mit

Liebe Leserinnen und Leser,

Leben M(m)acht Geschichte – diese Weisheit zieht sich wie ein roter Faden durch unsere Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Deshalb hat sich der Landkreis Mühldorf a. Inn dies als Motto für seine Geschichtsarbeit gewählt.

Der Landkreis Mühldorf hat mit seinen Haupt- und Ehrenamtlichen ein Netzwerk als Geschichtszentrum aufgebaut. Dieses setzt sich aus dem Landkreis, der Stadt Mühldorf, dem Kreismuseum und kommunalen Museen, dem Förderverein Kreismuseum, den Gemeinden und Städten, Museums- und Geschichtsfachleuten und geschichtlich Interessierten zusammen.

Leben M(m)acht Geschichte

Eine breite Basis der Interessierten konnte durch regelmäßig wiederkehrende Geschichtstage, die flächendeckend im Landkreis unter einem bestimmten Thema stattfinden, zu aktiver Mitarbeit motiviert werden. Wir machen im Rahmen der Geschichtstage zu einem bestimmten Thema eine mehrtägige Reise in die Vergangenheit in Form von Ausstellungen, Führungen, Vorträgen, Musik- und Theaterdarbietungen.

Bereits 2005 wurde auf Anregung des Fördervereins Kreismuseum Landkreis Mühldorf a. Inn e.V. und der Fachbeiratsvorsitzenden Prof. Dr. Waltraud Schreiber in Zusammenarbeit mit der Eichstätt das „Leben in der Nachkriegszeit“ als erster Geschichtstag beleuchtet.

2006, 2007 und 2008 folgten weitere Geschichtstage, die sich mit der Neuzeit ab 1900 und der Technisierung des Landkreises, der Entwicklung von Sport und Vereinen sowie der NS-Zeit vor Ort und der Bedeutung des KZ-Außenlagers Mühldorfer Hart befassten. Mit dabei waren erneut die Universitäten Eichstätt und Budapest sowie Zeitzeugen wie Dr. Max Mannheimer und viele hochgradige Fachleute.

Durch die qualitativ hochwertigen Beiträge, Vorträge und Mitmachaktionen standen immer mehr Lehrer, Schüler, geschichtsinteressierte

noch urban-beliebig neomodisch. Er ist für mich Ausdruck und Form eines vitalen Ganzen, nämlich von allem, was Arbeiten, Wohnen, Versorgen, Erholen sowie Zusammensein und Zusammenraufen in einer ihrer Identität und Vergangenheit bewussten und für die Zukunft und für Veränderungen offenen Gemeinschaft ausmacht.“ DK

Initiative in Abensberg zur Syrienhilfe:

Schaut nicht weg!

Nachhaltige Hilfe in Zusammenarbeit mit dem Verein Orienthelfer

Syrien gilt als die Wiege der Zivilisation. Die abendländisch-christliche Kultur ist ohne das syrische Erbe nicht denkbar, es ist eine der ältesten Kulturen der Welt. In der Neuzeit verfügte das Land nicht nur über ein gut funktionierendes Bildungs- und ein hoch entwickeltes Gesundheitssystem. Auch religiöse Koexistenz war in dem multiethnischen Land möglich. Heute jedoch tobt ein grausamer Krieg mit bislang 170.000 Toten, darunter über 10.000 Kinder.

„Abensberg schaut nicht weg!“ ist der Name einer Initiative in der Stadt Abensberg, die sich humanitäre Hilfe und Aufklärungsarbeit um den vergessenen Krieg in Syrien zur Aufgabe macht und Spenden sammelt für den Verein Orienthelfer.

Unter der Schirmherrschaft der evangelischen und katholischen Pfarreien, Pfarrerin Barbara Dietrich und Pfarrer Georg Birner, sowie der Unterstützung des Präsidenten des Bayerischen Gemeindegats, Abensbergs Bürgermeister Dr. Uwe Brandl und des Eine Welt Forum Abensberg hat sich eine Gruppe engagierter Bürger formiert, die Hilfe für syrische Flüchtlinge leisten will. „GEMEINSAM hinschauen und MIT-EINANDER helfen“ lautet das Motto verschiedener Aktionen an

Hohes Spendenaufkommen

Innerhalb von zwei Monaten nach der Auftaktveranstaltung im Mai konnten die Projekte der Orienthelfer e.V. aus der niederbayerischen Kleinstadt mit knapp 13.000 Einwohnern mit



Kolumne
Georg Huber



Bürger sowie haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte in der Museums-, Geschichtsarbeit und Heimatpflege zur Verfügung, sich auch an der Vor- und Nachbereitung zu beteiligen.

Ab 2009 bis dato liegen die Geschichtstage, die sich nun auf mehrere Tage erstrecken und alle zwei Jahre stattfinden, in fachlich bewährten Händen unserer hauptamtlichen Kreismuseumsleiterin. Aber auch hier zeigt sich, dass die Motivation für Ehrenamtliche steigt, wenn sie sich mit dem Thema, das gemeinsam erarbeitet wird, identifizieren können.

Durch ortsbezogene Forschung kann man sich der eigenen Wurzeln besser gewahr werden. Dadurch ist die Gegenwart besser zu verstehen und die Zukunft sinnvoller zu gestalten. Die Geschichtstage zeigen, dass Geschichtsforschung Spaß macht und die Gegenwart mit der Vergangenheit und die Menschen untereinander verbindet.

Das Ziel der Geschichtstage ist es, den Landkreis zu erforschen, Zeitzeugen zu befragen und Ergebnisse zu dokumentieren sowie insbesondere die Bürgerinnen und Bürger flächendeckend im Landkreis über die mannigfaltigen Aktivitäten zu informieren, sie zum Mitmachen zu motivieren und dabei Geschichte erlebbar zu machen. Die Geschichtstage sind eine sehr gute Möglichkeit, um generationenübergreifend die Geschichte der eigenen Heimat zu erforschen. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, dass die Vergangenheit nicht vergessen wird.

Die diesjährigen, mittlerweile sechsten Geschichtstage behandeln den Landkreis Mühldorf im Ersten Weltkrieg. Ich bin gespannt, welche Rückschlüsse wir für unsere Heimat aus der enormen Sammlung an geschichtlichen Artefakten schließen werden. Die Dokumentation der Geschichtstage hat uns immer wieder überrascht und vor allem sehr stolz gemacht.

Liebe Leserin, lieber Leser, ich würde mich freuen, den Einen oder Anderen von Ihnen während unserer Zeit der Geschichtstage vom 6. bis 16. November im Landkreis Mühldorf begrüßen zu dürfen und hoffe, dass die Geschichtstage weiterhin einen hohen Anklang auch über die Landkreisgrenzen hinaus erfahren!

Ihr Georg Huber
Landrat des Landkreises Mühldorf

vor Ort ist. Der Verein hat sehr geringe Verwaltungskosten, alle Helfer arbeiten ehrenamtlich, es gibt kein Büro, das unterhalten werden muss. Effizienter kann ein Verein im Verhältnis zum Output nicht arbeiten.

In Anbetracht des immer noch nicht abbreitenden Flüchtlingsstroms leisten die Orienthelfer e.V. nach wie vor direkte Nothilfe, neben der Grundversorgung finanziert Orienthelfer e.V. aber auch Projekte, die langfristig in die Zukunft wirken sollen. Nachfolgend seien jene Projekte genannt, die den Orienthelfer e.V. besonders wichtig sind:

- Projekt „Return Home“ - Camp Aarsal: 170 Kilometer von Beirut entfernt, leben auf 40.000 Einwohner 85.000 syrische Flüchtlinge, die bislang kaum von internationalen Hilfsorganisationen versorgt werden. In Zusammenarbeit mit dem syrisch-libanesischen Vereins IHR und den Behörden vor Ort errichtet Orienthelfer e.V. ein Camp für ca. 1.500 Flüchtlinge. Das Camp wird über eine eigene Infrastruktur mit Kindergarten, Schule, Ausbildungsstätte und Moschee verfügen. Orienthelfer e.V. bauen die Schule für 50.000 Euro. Das Besondere an dem Camp: Für die Container wird das Material gestellt, sie werden von den syrischen Familien selbst gebaut und ihnen überlassen. Die Wohncontainer sind so mobil, dass sie bei einer Rückkehr nach Syrien dorthin transportiert werden können.

Schulkosten

- Projekt Schule: Viele syrische Flüchtlingskinder können seit drei Jahren nicht in die Schule

gehen, sind abgeschnitten von Bildung und pädagogischer Betreuung. An der libanesisch-syrischen Grenze existierte bereits eine Schuleinrichtung für syrische Flüchtlingskinder. Der Sponsor zog sich zurück, die Einrichtung stand vor der Schließung.

Die Orienthelfer e.V. übernehmen für das Schuljahr 2014/2015 erstmals die kompletten Kosten für die Schule, die von 400 Schülern und 100 Kindergartenkindern aus verschiedenen Camps besucht wird. Die libanesischen Regierung hat nun erstmals auch die syrischen Zeugnisse anerkannt. Orienthelfer e.V. sucht für diese Schule Sponsoren.

- Projekt Waisenhaus: Viele Waisenkinder in Syrien sind schon im jüngsten Alter auf sich alleine gestellt und leben auf der Straße, manchmal schon im Alter von zwei bis drei Jahren. Die Orienthelfer e.V. finanzieren ein Waisenhaus in der Türkei an der syrischen Grenze für vorerst 70 syrische Kinder mit Anbindung an die türkische Schule. Eröffnung ist Anfang September 2014.

Gebaut und betrieben wird das Waisenhaus in Zusammenarbeit mit dem in der Türkei registrierten Verein Spendahilfe, die von den Orienthelfer e.V.-Mitgliedern Mahmoud, Sherin und Yasmin Dahi gegründet wurde.

- Direkthilfe: Die UN kann nach eigenen Angaben nur mehr einen Teil der Bedürftigen im Libanon abdecken. Unter anderem werden bereits registrierte Flüchtlinge wieder von den UN-Listen gestrichen. In Folge fehlt syrischen Flüchtlingen die Grundversorgung, mittellose Frauen können ihre Kinder nicht mehr ausreichend ernähren.

Weitere Informationen unter: www.orienthelfer.de □

Breitbandausbau:

Erste Förderbescheide ausgehändigt

„Erst vor gut zwei Wochen hat die EU-Kommission der überarbeiteten Förderrichtlinie für den Breitbandausbau in Bayern zugestimmt. Heute schon können 63 Gemeinden von den deutlich verbesserten Förderbedingungen profitieren. Jetzt kann es richtig losgehen“, freute sich Digitalisierungsminister Dr. Markus Söder bei der Aushändigung der ersten Förderbescheide.

„Damit stellen wir heute rund 16 Millionen Euro Fördermittel für das schnelle Internet dieser

Kommunen zur Verfügung“, betonte Söder. Die betroffenen Kommunen profitieren davon,

Unwägbarkeiten...

(Fortsetzung von Seite 1)

sowohl in der stationären als auch in der ambulanten Versorgung vor, während und nach der Geburt eines Kindes. Besonders für die freiberuflichen Hebammen kommt es darauf an, die Rahmenbedingungen baldmöglichst zu verbessern, damit auch künftig dieses Angebot der Geburtshilfe erhalten bleibt“, betonte die Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages, die Ludwigshafener Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse.

Die Situation der freiberuflichen Hebammen ist nach wie vor gekennzeichnet von großen Unwägbarkeiten und Unsicherheiten. Insbesondere die drastisch steigenden Haftpflichtversicherungsprämien und immer weniger Versicherungsanbieter machen es unattraktiv, diesen Beruf zu ergreifen oder weiter auszuüben. Der Deutsche Städtetag sieht diese Entwicklung mit Sorge, zumal die Hebammen über ihre im direkten Zusammenhang mit der Geburt stehenden Funktionen hinaus wichtige Akteure bei der Unterstützung von Familien sind.

Der Deutsche Städtetag begrüßt deshalb, dass die Bundesregierung im Koalitionsvertrag angekündigt hat, die Situation der Geburtshilfe und der Hebammen zu beobachten und notwendige Schlussfolgerungen zu ziehen. Erste Maßnahmen sind bereits in Aussicht gestellt, etwa die Verlängerung von Gruppenrahmenverträgen für die Haftpflichtversicherung oder die Übernahme von Prämienrückstellungen durch die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV).

„Es ist gut, dass sich eine interministerielle Arbeitsgruppe mit der Thematik befasst und in einem Bericht verschiedene Lösungsansätze aufgezeigt hat“, meinte Lohse. Ein Sicherstellungszuschlag soll es den Hebammen beispielsweise ermöglichen, dauerhaft ihre Haftpflichtprämien finanzieren zu können. Zudem ist daran gedacht, Regressansprüche zu beschränken. „Nun brauchen wir zügig Entscheidungen, damit die Versorgung mit Hebammenleistungen auch in Zukunft sichergestellt ist“, machte Lohse deutlich.

Mit Blick auf das in Berlin verabschiedete Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen sprach der Deutsche Städtetag von einem wichtigen Impuls zur Bekämpfung des Wohnungsmangels.

In einer Reihe von attraktiven Groß- und Universitätsstädten sei die Wohnungsknappheit ein zunehmendes Problem, dem begegnet werden muss, bestätigte Oberbürgermeisterin Barbara Bosch, Stellvertreterin des Präsidenten des Deutschen Städtetages aus Reutlingen: „Wo Menschen nur unter größten Schwierigkeiten bezahlbare Wohnungen finden, sind alle Beteiligten gefordert, auch um des sozialen Friedens willens. Das intensive Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen mit den relevanten Wohnungsmarktakteuren im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen kann helfen, zielgenau tragbare Lösungswege für die betroffenen Städte zu entwickeln.“

Nach Jahren der Abwanderung der Bevölkerung aus Großstädten ins Umland, nimmt die Stadtbevölkerung vielerorts in geradezu ra-

santem Maße zu. 25 der 30 größten deutschen Städte sind nach einer Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) seit dem Jahr 2000 teilweise beträchtlich gewachsen. Die zwölf Städte mit dem größten Wachstum verbuchten Bevölkerungszuwächse zwischen 5 und 12 Prozent. Dieser Trend wird sich in den nachfragestarken Städten noch bis mindestens Ende des Jahrzehnts fortsetzen.

Die Wohnungsnachfrage wird zusätzlich beflügelt vom Trend zu immer mehr Singlehaushalten und durch die wachsende Anzahl Studierender. „Aus Sicht der Städte ist es zur Behebung des Wohnraum Mangels besonders wichtig, den Bau neuer, bezahlbarer Wohnungen durch öffentliche, private und genossenschaftliche Investoren zu erleichtern und zu fördern. Dafür sollten die Länder ihre Wohnraumförderprogramme verbessern und zielorientierter gestalten“, erklärte Bosch.

Anspannung der Wohnungsmärkte

Die Anspannung der Wohnungsmärkte zeigt sich deutlich in der Mietpreisentwicklung. So stiegen etwa die Angebotsmieten im Bundesdurchschnitt von 2010 bis 2011 um 2,9 Prozent – in den 20 Städten mit den höchsten Steigerungsraten im gleichen Zeitraum dagegen um 5 bis 10 Prozent, wobei Großstädte und Universitätsstädte hier die höchsten Anstiege verzeichnen mussten.

Hier sollte sich der Bund über die geplante Mietpreisbremse hinaus deutlicher engagieren und beim Wohngeld stärker nach dem Bedarf und weniger nach Kassensituation entscheiden, forderte Bosch: „Um die Wohnkosten von Geringverdienenden und von Familien auf einem tragbaren Niveau zu halten, ist eine Erhöhung des Wohngeldes zwingend notwendig. Das Wohngeld muss wieder mit der Mietentwicklung Schritt halten, denn aktuell steigen die Mieten in vielen Großstädten so rasant, dass besonders Haushalte mit niedrigem und an der Grenze zu mittleren Einkommen häufig überfordert sind. Der Deutsche Städtetag ist erfreut, dass Ministerin Dr. Hendricks die hierfür erforderlichen Schritte in Angriff nehmen will.“

Nach Einschätzung des Deutschen Städtetages ist es bei allen Neuregelungen und Initiativen auf Bundes- wie auf Landesebene wichtig, die regionalen und örtlichen Unterschiede der Wohnungsmärkte zu beachten, hob Bosch hervor: „Einheitlich geltende, unflexible Regelungen, die in angespannten Märkten helfen, können in anderen Städten mit entspanntem Wohnungsmarkt kontraproduktiv sein und sich negativ auf Investitionen auswirken. Die Städte plädieren deshalb für Regelungen, die zielgenau auf lokaler Ebene wirken. Außerdem werden sie selbst mit einer noch aktiveren Baulandpolitik versuchen, den Wohnungsbau stärker zu aktivieren. Dazu können die gezielte Vergabe von kommunalem Bauland gehören, aber auch geeignete Maßnahmen zur sogenannten Nachverdichtung wie das Schließen von Baulücken.“ DK

dass während des laufenden EU-Genehmigungsverfahrens die Förderverfahren mit Hochdruck weitergelaufen sind. „Kommunen, die bereits im Verfahren sind, werden nicht schlechter gestellt. Sie können in das neue Verfahren wechseln und von den verbesserten Förderbedingungen profitieren“, betonte Söder. Insgesamt sind momentan 812 Kommunen im Verfahren.

Anhebung der Sätze

Durch die neuen Regelungen wurden die Fördersätze, aber auch die Förderhöchstbeträge kraftvoll angehoben, einen zusätzlichen Bonus von 50.000 Euro gibt es bei interkommunaler Zusammenarbeit. „Brüssel hat alle Anliegen Bayerns akzeptiert. Das bedeutet: Bayernweit steht unseren Kommunen ein Fördervolumen von 1,5 Milliarden Euro zu Verfügung“, so Söder weiter.

„Das ist eines der größten

kommunalen Förderprogramme der letzten Jahrzehnte und bundesweit einzigartig.“ Von den neuen Fördersummen profitiert insbesondere der ländliche Raum. Von den heute 63 Gemeinden liegen 87% im ländlichen Raum.

Höchstbetrag nicht erreicht

In den Regierungsbezirk Niederbayern fließen dabei insgesamt 3,5 Millionen Euro Förderung. Die Fördermittel sind aber noch nicht bis zum möglichen Höchstbetrag ausgeschöpft. „Er schließen Sie weitere Gemeindegebiete und profitieren Sie so von weiteren Fördermitteln“, appellierte Söder an die Kommunalvertreter. Allein die betroffenen Kommunen in Niederbayern können von einem Förderhöchstbetrag von 9,29 Millionen Euro profitieren.

Folgende Gemeinden bzw. Zusammenschlüsse in Nieder-

bayern erhielten Förderbescheide (Gemeinde/Landkreis: Fördersumme):

Erfolgreiche Gemeinden

- Stadt Abensberg/Kelheim: 548.954 €
- Gemeinde Hohenau/ Freyung-Grafenau: 485.286 €
- Gemeinde Hohenthann/Landshut: 18.270 €
- Gemeinde Kröning/Landshut: 113.909 €
- Gemeinde Kumhausen/Landshut: 190.324 €
- Gemeinde Laberweinting/Straubing-Bogen: 915.000 €
- Gemeinde Marklkofen/Dingolfing-Landau: 287.136 €
- Gemeinde Rinchnach/Regen: 385.490 €
- Gemeinde Thurmansbang/Freyung-Grafenau: 262.010 €
- Stadt Waldkirchen/Freyung-Grafenau: 152.191 €
- Gemeinde Wörth a.d.Isar/Landshut: 94.255 €.

Vorbildfunktion

Stichwort Compliance: Sowohl in der Öffentlichkeit durch mediale Berichterstattung als auch in der Unternehmenspraxis erfährt es seit einigen Jahren immer größere Aufmerksamkeit. Die Bürger erwarten insbesondere von öffentlichen Unternehmen mehr als von privaten Unternehmen die Einhaltung von Recht und Gesetz und ein in jeder Hinsicht vorbildliches Verhalten.

Erwartungshaltung

Um dieser Erwartungshaltung gerecht zu werden, sollte nach Überzeugung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands die Schaffung eines Compliance-Management-Systems nicht nur als formales oder organisatorisches Thema oder Last begriffen werden, sondern als Chance, im Falle einer effektiven Implementierung das Unternehmen und seine Verantwortlichen vor weit reichenden zivil- und strafrechtlichen Haftungsfolgen zu schützen. Insbesondere bei kleinen und mittleren Versorgungsunternehmen oder sonstigen kommunalen Unternehmen bestehe noch großer Nachholbedarf. DK

Public Compliance...

(Fortsetzung von Seite 1)

mit Hilfe automatisierter Verfahren ermittelt werden, zur Anwendung eignet (z. B. Steuern, Beiträge und Abgaben, Sozialhilfe, Jugendhilfe etc.). Das vorgestellte Modell einer strukturierten Risikobetrachtung als Grundlage für Interne Kontrollsysteme wurde bereits in der Praxis umgesetzt. Bei der Unterstützung seiner Mitglieder beim Risikomanagement, insbesondere bei der Inventur und Bewertung von Risiken, kann der BKPV deshalb bereits auf Erfahrungen zurückgreifen.

Schwierigkeiten

Mit Wirkung zum 17.07.2013 ist die neue Honorarordnung für Architekten und Ingenieure – HOAI in Kraft getreten. Laut BKPV wurde das Verständnis der HOAI als Teil gesetzlicher Regelungen des öffentlich-rechtlichen Preisrechts durch die beiden letzten Novellierungen nicht erleichtert, sondern eher noch erschwert. Besondere Schwierigkeiten bereitet den kommunalen Auftraggebern die preisrechtliche Situation bei notwendigen Änderungen von Planungszielen.

Klarstellung nötig

Die Berechnung des Mindest- und Höchstsatzhonorars bei vertraglichen Änderungen des „Leistungsumfanges“, gemeint ist das Leistungsziel, ist nunmehr in § 10 HOAI 2013 geregelt. Anwendungsvoraussetzungen, Tatbestandsmerkmale und Rechtsfolgen dieses neuen Paragraphen sind in der bereits vorliegenden kommentierenden Literatur sehr umstritten. Einigkeit besteht allenfalls darin, dass es sich hier um eine missglückte Regelung handelt. Für die Praxis ist die Bestimmung des § 10 HOAI 2013 mit beiden Absätzen inhaltlich unklar und bedarf deshalb unter Berücksichtigung des zugrunde liegenden Zwecks dringender Klarstellung. Mit einem kurzen Beitrag im Geschäftsbericht wird der Praxis eine grundlegende Hilfestellung zum Verständnis und zur Anwendung des neuen Paragraphen gegeben.

Steuerschuldnerschaft

Mit Blick auf die Erstellung von Hausanschlüssen stellt sich laut BKPV die Frage, ob der Leistende die Umsatzsteuer an das Finanzamt abführen und sie in der Rechnung an den Leistungsempfänger ausweisen muss, der sie seinerseits unter den entsprechenden Voraussetzungen als Vorsteuer geltend machen kann, oder in welchen Fällen es zu einer Umkehr der Steuerschuldnerschaft kommt.

Laut Rechtsprechung des

Bundesfinanzhofs (BFH) dürfen Subunternehmer von Versorgungsunternehmen die Erstellung von Hausanschlüssen ab sofort nur noch netto in Rechnung stellen, da es in diesen Fällen zur Umkehr der Steuerschuldnerschaft nach § 13b UStG kommt. Auf den Anteil der Umsätze aus Bauleistungen zu

den Gesamtumsätzen des Unternehmers (sog. 10 %-Grenze) kommt es nicht (mehr) an. Der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) hat mittlerweile beim Bundesministerium der Finanzen einen Vorstoß unternommen, Hausanschlussleistungen durch Versorgungsunternehmen aus dem Katalog der Bauleistun-

Wunsch und Wirklichkeit...

(Fortsetzung von Seite 1)

platt und akustischen Signalen und Schüler damit gut umgehen können: Dies gelte für die Zeiten, in denen Eltern arbeiten und Kinder Betreuung benötigen, etwa in 13 Wochen Schulferienzeiten oder am Nachmittag.

Maly: „Der Kommunalgipfel im Herbst ist ein guter Anlass, um einen Ausbauplan zu erstellen und Klarheit über die Finanzierung zu erhalten. Ohne die Kommunen als Träger des Sachaufwands vor allem bei Schulbauten kann dies nicht geschehen: Der höhere Raumbedarf für Schülergruppen, Mensen oder zusätzliche Räume für Lehrkräfte kostet Geld. Da muss der Freistaat mit einer höheren Förderung ansetzen. Und: Die Ganztagschule läuft nur, wenn die Lehrerkollegien solide ausgestattet sind, wenn in Randzeiten und Ferienzeiten schulische Betreuungsangebote gemacht werden.“

Barrierefreiheit

Mit Blick auf die Barrierefreiheit meinte der Vorsitzende: „Das Ziel ist ehrgeizig und gut. Die Kommunen bekennen sich zum Ziel des Ministerpräsidenten, Bayern bis 2023 barrierefrei zu machen. Aber: Wer Barrierefreiheit verspricht, darf die Finanzierung nicht ausblenden, da stehen Freistaat und Kommunen gemeinsam in der Verantwortung. Politik darf nicht Gefahr laufen, dass sie Erwartungen weckt, ohne sie erfüllen zu können. Der Kommunalgipfel des Ministerpräsidenten mit den kommunalen Spitzenverbänden im Herbst öffnet eine Chance, das Thema anzupacken.“

Derzeit findet eine Exegese der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten statt, was denn alles unter Barrierefreiheit zu verstehen ist, wie das Ziel umgesetzt wird und vor allem wie und von wem in welchem Zeitrahmen das Ganze finanziert wird. Nach Malys Worten beginnt Barrierefreiheit im Kopf: „Freistaat und Kommunen müssen das Ziel der Barrierefreiheit gemeinsam definieren und dann vernünftig umsetzen.“

Ein Beispiel von vielen seien die Kosten für die Barrierefreiheit einer Ampelanlage: Mit Blindenleitsystem, Vibrations-

platt und akustischen Signalen, Tiefbauarbeiten zu Absenken von Bordsteinen werde schnell eine Summe von 30.000 Euro für eine Fußgängerfurt erreicht. „Bei einer mittelgroßen bayerischen Stadt mit 70 bis 80 Ampelanlagen erreicht man allein mit dieser Maßnahme einen Millionenbetrag.“

Kostspielige Sanierungen

Als wesentlich kostenintensiver stelle sich die Sanierung von – oft historischen und denkmalgeschützten – Verwaltungsgebäuden, Rathäusern oder Schulen dar: Herstellung von stufenlosen Zugängen und breiten Türen (ca. 50.000 Euro), Einbau einer Rampe, Schaffung eines einheitlichen Fußbodenniveaus, Türöffner und Tastschalter, größere Bewegungszonen im Eingangsbereich (ca. 150.000 Euro), Nachrüstung des Aufzugs mit einzelnen Zugangsposten und neuen Türdurchbrüchen (ca. 350.000 Euro).

Maly: „Denken wir zum Beispiel an die großen Schulpaläste, die Ende des 19. Jahrhunderts errichtet worden sind. Das sind funktionale Gebäude mit guter Bausubstanz – allerdings stecken sie voller Barrieren. Das sind bauliche und finanzielle Herausforderungen, wenn sich in der Praxis dann Denkmalschützer mit Hochbaugenieuren streiten, wo man am besten einen Außenaufzug installiert. Ein ähnliches Problem stellt sich bei Verwaltungsgebäuden und Rathäusern. Viele Gebäude stehen in strukturschwachen Städten und Gemeinden, die selbst bei auskömmlicher Mittelausstattung eines Sonderinvestitionsprogramms wegen der angespannten Haushaltssituation Schwierigkeiten haben, den notwendigen Eigenanteil aufzubringen.“ Viele Kommunen hätten bereits große Leistungen erbracht und seien weiter auf dem Weg. Ohne staatliche Hilfe und ein Sonderinvestitionsprogramm lasse sich die zeitliche Vorgabe bis 2023 nicht einhalten.

Maly: „Es ist problematisch, wenn die Staatsregierung Wünsche weckt, die andere erfüllen müssen. Die Staatsregierung hat bislang keine verpflichtenden

Vorgaben gesetzt, um nicht den Tatbestand der Konnexität zu erfüllen. Mit dem Versprechen der Barrierefreiheit wurden Erwartungen in der Bevölkerung geweckt, die zu einem großen Teil Städte und Gemeinden zu erfüllen hätten. Der Kommunalgipfel öffnet nun eine Chance zu einer fairen Teilung von Aufgaben und Kosten.“

Bayern ist Klassenletzte

Der kommunalpolitische Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion Dr. Paul Wengert hat unterdessen die Kritik des bayerischen Städtetagsvorsitzenden an der Staatsregierung geteilt. „Maly hat das Auseinanderklaffen von Wunsch und Wirklichkeit in der Staatsregierung bei Ganztagschule und Barrierefreiheit deutlich gemacht“, so Wengert. Im Gegensatz zu den vollmundigen Erklärungen der Staatsregierung und insbesondere von Schulminister Spaenle liege Bayern mit einem Anteil von gerade einmal 9,6 Prozent schulischer Ganztagsplätze am Ende der deutschen Länder, die auf einen Durchschnitt von 26 Prozent kommen, betonte Wengert. „Wir fordern schon lange, endlich mehr schulische Ganztagsplätze zu schaffen; die Staatsregierung versucht stattdessen, sich mit allerlei Hilfskonstruktionen mehr oder weniger intensiver Mittagsbetreuung aus ihrer Verpflichtung herauszumogeln – meist auf Kosten von Eltern und Ehrenamtlichen und natürlich zu Lasten der Kommunen“, so der SPD-Kommunalexperte.

Die Staatsregierung sei in der Pflicht, endlich die von Seehofer groß angekündigte Umsetzung der Barrierefreiheit bis 2023 umzusetzen. „Ohne ein mehrjähriges Sonderfinanzierungsprogramm können diese aber eine so gewaltige Herausforderung nicht stemmen. Es muss von Anfang an sichergestellt werden, dass der neue Verfassungsgrundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern nicht dadurch ausgehöhlt wird, dass arme Kommunen nicht in der Lage sind, ihren Eigenanteil zu staatlichen Fördermitteln zu leisten“, mahnte Wengert. DK

Bayerns Markt für Wohnimmobilien:

Stabilisierung auf hohem Niveau

LBS bietet Wechsel in günstigere Tarife - Riester boomt

Mit zwei wichtigen Nachrichten für alle Immobilien-Interessenten wartete Vorstandsvorsitzender Franz Wirmhier in der Bilanzpressekonferenz der Bayerischen Landesbausparkasse (LBS) auf. Zum einen seien Immobilienfinanzierungen in Deutschland zurzeit so günstig wie noch nie in der über 84-jährigen LBS-Geschichte, und zum anderen lasse der bayerischen Wohnimmobilienmarkt nach mehreren Boomjahren eine Stabilisierung erkennen, allerdings auf hohem Niveau. Das zeige sich zum Beispiel daran, dass die Immobiliennachfrage nicht weiter gestiegen sei und die Immobilienfinanzierung der Sparkassen nicht das Vorjahresniveau übertroffen habe.

Auf Grund der Niedrigzinsphase gibt es Bauspardarlehen derzeit für Immobilienfinanzierungen ab einem Nominalzins von 2,2 Prozent, und für Modernisierungen beginnt der Nominalzins schon bei 1,5 Prozent. Und an diesen niedrigen Zinsen werde sich vorerst auch nichts ändern, denn, so Wirmhier, der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, habe angekündigt, dass die Zinsen noch bis 2016 niedrig bleiben.

Dieses außergewöhnliche Zinsumfeld verschiebt nach Ansicht des LBS-Chefs beim Bausparen die Gewichtung. Neben der - unverändert wichtigen - Eigenkapitalbildung gehe es heute vor allem um die langfristige Finanzierungssicherheit. Wenn das Zinsniveau kaum mehr abgesenkt werden könne, sei es das Gebot der Stunde, dieses historisch günstige Zinsniveau langfristig zu sichern. Und genau darin liege der Kernnutzen des Bausparens. Bausparen, so Wirmhier, sei eine Versicherung gegen steigende Zinsen.

Umgewichtung

Auf die Umgewichtung beim Bausparen hat sich die Landesbausparkasse eingestellt. So bietet sie seit Anfang Mai eine neue Tariffamilie mit den schon oben genannten Tarifen an, die an die gesunkenen Kapitalmarktzinsen angepasst sind. Und sie bietet allen Kunden, wenn es sich für diese lohnt, einen Umstieg in Tarife mit niedrigeren Zinsen an. Deshalb wurden mit der größten Umstiegsaktion, die es in der LBS-Geschichte je gegeben habe, mehr als 300.000 Kunden angeschrieben, die von dem Wechsel in die neuen Tarife profitieren könnten, wenn sie eine Immobilienfinanzierung beabsichtigen.

Neue Tariffamilie

Der Umstieg ist nämlich nur für solche Kunden interessant, die an einer günstigen Finanzierung, also an günstigen Darlehenszinsen, interessiert sind, nicht aber für solche Kunden, die es auf eine günstige Rendite bei den Spargeldern abgesehen haben. Denn die neuen Tarife beinhalten geringere Darlehenszinsen, aber auch geringere Zinsen auf die Ansparsumme.

Mit dem durch die Umstiegsaktion erreichten systematischen Abbau der höher verzinslichen Bausparverträge senkt die LBS andererseits gezielt ihren Zinsaufwand. Erstmals gibt es auch eine Tarifvariante, die lediglich eine Mindestansparsumme von 30 Prozent der Bausparsumme erfordert.

Während also die Immobilienfinanzierer erheblich von den niedrigen Zinsen profitieren, haben Sparer „und auch wir als Bausparkasse deutlich weniger Freude daran“. Denn die niedrigen Zinsen hinterlassen Spuren unmittelbar im Ergebnis, weil Spareinlagen, die nicht als Darlehen vergeben werden können, am Kapitalmarkt angelegt werden müssen, „wo nur noch geringe Renditen zu erwirtschaften sind“.

Betriebsergebnis

Dennoch, so Wirmhier, habe die LBS beim Betriebsergebnis vor Risikovorsorge für 2013 mit 54,9 Millionen Euro ihr Ziel erreicht. Dass dies um 25,7 Prozent geringer ist als 2012 mit 73,9 Millionen Euro liege einmal an den Auswirkungen des Niedrigzinsumfeldes, aber auch an einem Sondereffekt im Vorjahr. Dieser bestand darin, „dass die in Pension befindlichen früheren Mitarbeiter der LBS im Zuge des Betriebsübergangs bei der Bayerischen Landesbank verblieben sind und dadurch die LBS von Pensionsverpflichtungen entlastet wurde“. Einen solchen Effekt hat es 2013 nicht mehr gegeben. Das Ergebnis nach Risikovorsorge war 2013 mit 50,1 Millionen Euro und 2012 mit 75,3 Millionen Euro nur jeweils etwas geringer als dasjenige vor Risikovorsorge, „denn bei unseren kleinteiligen Darlehen bewegt sich das Risiko im Promillebereich“, erläutert Wirmhier.

Gewinnsituation

Die verschlechterte Gewinnsituation kommt auch im Gewinnüberschuss zum Ausdruck, der um 15,1 Prozent einbrach, und im Provisionsergebnis, das um 2,4 Prozent geringer ausfiel. Dass der Verwaltungsaufwand durch niedrigere Aufwendungen für die Altersvorsorge um 3,1 Prozent zurückging, schlug dagegen positiv zu Buche. Allerdings mussten andererseits wegen der niedrigeren Zinsen für die künftige Altersvorsorge mehr Rückstellungen gebildet werden.

Alles in allem blieb ein Bilanzgewinn von 34,5 Millionen Euro übrig, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Er kann noch nicht ausgeschüttet werden, weil erst die Eigentümerfrage geklärt werden muss. Noch muss nämlich entschieden werden, ob die LBS den einzelnen Sparkassen oder dem Sparkassenverband gehören wird. Im Vorjahr waren an die damaligen Eigentümer 75,3 Millionen Euro ausgeschüttet worden.

mit einer Bausparsumme von 60 Milliarden Euro im Bestand.

Wirmhier ist sich sicher, dass sich die niedrigen Zinsen auch im laufenden Jahr auf das Ergebnis der LBS auswirken werden. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge werde wieder in der Größenordnung von 35 Millionen Euro liegen. Um die LBS Bayern auch weiterhin erfolgreich durch das Niedrigzinsumfeld zu manövrieren, setzt das Institut mittel- und langfristig auf mehr Bausparneuegeschäfte und mehr Darlehensgeschäfte, was sich an den neuen Tarifen zeigt, die auf langfristige Finanzierungen ausgerichtet sind. In zwei bis drei Jahren rechnet der LBS-Chef mit wieder mehr Wohnbau-Darlehen und einem besseren Ergebnis.

Darlehensgeschäft

Spürbar ausgeweitet werden konnte das Darlehensgeschäft, wobei besonders die außerkollektiven Darlehen (Darlehen ohne vorherige Ansparguthaben) zulegt, die vor allem der Vor- und Zwischenfinanzierung dienen. Sie stiegen um 17,6 Prozent auf 755,3 Millionen Euro, wogegen die reinen Bauspardarlehen um 10,9 Prozent auf 510 Millionen Euro nachgaben.

Angesichts der gesunkenen Zinsen entscheiden sich insbesondere Kunden mit älteren Verträgen häufiger für kapitalmarktabhängige Angebote, sei es von der LBS oder den Sparkassen. Insgesamt hat die LBS Bayern 2,1 Millionen Verträge

im Vorjahresvergleich um 20 Prozent zugelegt haben.

Hier spielen die gesetzlichen Verbesserungen beim Wohnriester eine Rolle, die zum Jahreswechsel wirksam wurden. Jetzt können auch Haushalte, die ihr Objekt vor 2008 erworben haben, vom Wohnriester profitieren. Die Regeln zur nachgelagerten Besteuerung wurden ebenso vereinfacht und flexibilisiert wie die Fristen beim Wechsel von einer selbst genutzten Immobilie in eine andere. Die Riester-Vorteile können sich – je nach Einzelfall – auf bis zu mehreren zehntausend Euro summieren. Wirmhier: „Wohnriester ist das beliebteste aller Riester-Produkte geworden. Die LBS Bayern hat bereits 133.000 Wohnriester-Verträge im Bestand.“ Während die durchschnittliche Bausparsumme je Vertrag bei etwa 36.000 Euro liegt, bringen es Riester-Verträge auf 55.000 Euro.

LBS auf Kurs

Im laufenden Jahr liege die LBS auf Kurs, sagte Wirmhier, nämlich in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. 2014 werde die Bausparsumme etwa 8,1 Milliarden Euro erreichen. Bausparen sei nämlich nach wie vor sehr gefragt, weil das eigene Zuhause ein Lebensziel vieler Menschen sei. Im Bausparen sähen sie eine stabile Geldanlage und eine gute Altersvorsorge. Besonders in Bayern mit seiner Wirtschaftsstärke seien die Voraussetzungen zum Erwerb von Wohneigentum sehr gut.

Das Neugeschäft gestaltet sich besonders erfolgreich mit LBS-Wohnriester-Verträgen, die allein in diesem Jahr von Januar bis Juni

im Vorjahresvergleich um 20 Prozent zugelegt haben.

Hier spielen die gesetzlichen Verbesserungen beim Wohnriester eine Rolle, die zum Jahreswechsel wirksam wurden. Jetzt können auch Haushalte, die ihr Objekt vor 2008 erworben haben, vom Wohnriester profitieren. Die Regeln zur nachgelagerten Besteuerung wurden ebenso vereinfacht und flexibilisiert wie die Fristen beim Wechsel von einer selbst genutzten Immobilie in eine andere. Die Riester-Vorteile können sich – je nach Einzelfall – auf bis zu mehreren zehntausend Euro summieren. Wirmhier: „Wohnriester ist das beliebteste aller Riester-Produkte geworden. Die LBS Bayern hat bereits 133.000 Wohnriester-Verträge im Bestand.“ Während die durchschnittliche Bausparsumme je Vertrag bei etwa 36.000 Euro liegt, bringen es Riester-Verträge auf 55.000 Euro.

Eigentumsquote

Trotz aller günstigen Konditionen und Förderumstände hat sich die Eigentumsquote in Deutschland kaum verbessert. Mit 46 Prozent in der gesamten Bundesrepublik und 49 Prozent in Bayern ist Deutschland das Schlusslicht in Europa. In den zurückliegenden vier Jahren hat sich die Quote in Bayern, auch dank Riester, um drei Prozentpunkte verbessert. Geht es wie bisher in Deutschland weiter, steigt schätzungsweise die Quote alle drei Jahre um einen Prozentpunkt.

Die erfolgreiche Arbeit der LBS-Bayern ist auch öffentlich anerkannt worden. So hat die Fachzeitschrift „Finanztest“ beim Vergleich der Bausparkonditionen dem Institut auch 2014 das Top-Angebot bescheinigt. Und für ihren Service haben „forum! Marktwirtschaft“ und die „Deutsche Gesellschaft für Qualität“ die LBS mit dem Titel „Kundenchampion“ ausgezeichnet.

Neuer Vertriebsvorstand

Einer, der zu diesen Erfolgen maßgeblich beigetragen hat, ist Vertriebsvorstand Wolfgang Kube. Seit er 1988 die Verantwortung für den Vertrieb übernommen hat, hat sich das Neugeschäftsvolumen mehr als verdoppelt. Wirmhier dankte Kube, der zum 1. August in den Ruhestand geht, für seine jahrzehntelange erfolgreiche Arbeit. Neuer Vertriebschef wird Erwin Bumberger (50), der bisher der Sparkasse Freyung-Grafenau vorsteht.

Nicht unerwähnt bleiben soll das bürgerschaftliche Engagement der LBS. Das öffentlich-rechtlich Unternehmen fördert Projekte in ganz Bayern, insbesondere für Kinder („Benefizaktion Sternstunden“), unterstützt Aktionen zu Verkehrssicherheit („Könner durch Erfahrung“), den Schülerwettbewerb „Crossmedia“, das Projekt „Kleine Entdecker“ zur Förderung technisch-naturwissenschaftlicher Themen in Kindergärten sowie die Initiative „Gib Rassismus keine Chance“.

dhg.



ENERGIEWENDE

Argumente, Fakten und Positionen



Die Bayerische Bauindustrie ist fest entschlossen, ihren Beitrag zur Umsetzung der Energiewende zu leisten und betrachtet die folgenden Stellgrößen als essentiell, um in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion Schwerpunkte für die Zukunft zu setzen:

- Planungssicherheit
- Versorgungssicherheit
- Bezahlbarkeit

Jetzt downloaden → www.bauindustrie-bayern.de

Kreiskrankenhaus Wertingen:

Neuer Eingangsbereich

Mit dem Neubau des Aufenthaltsbereiches im Kreiskrankenhaus Wertingen wurden gleich mehrere Anliegen bestmöglich gelöst. Darin waren sich Aufsichtsratsvorsitzender Leo Schrell, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Johann Popp, Stimmkreisabgeordneter Georg Winter und Bürgermeister Willy Lehmeier einig.

Beim Ortstermin konnten die Politiker zahlreiche positive Stimmen zum Umbau entgegennehmen. Durch die neue Anordnung des Ganges ist es gelungen, den Aufenthaltsbereich mit dem Kiosk vom Zugang zu den Aufzügen zu trennen. Betritt man das Krankenhaus, liegt die zentrale Informationstheke sofort im Blick. Der komplette Eingangsbereich wurde im Zuge der Baumaßnahme barrierefrei errichtet. Der Aufenthaltsbereich hat sehr gewonnen. □

Barrierefreiheit in Bayern bis 2023

Freistaat unterstützt Modellphase mit 16 Kommunen

Bayern will seine Kommunen bei der Schaffung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum bis 2023 unterstützen. Hierfür hat jetzt das Innenministerium in Kooperation mit den kommunalen Spritzenverbänden eine Modellphase mit 16 bayerischen Gemeinden aus allen sieben Regierungsbezirken gestartet.

Bis Ende dieses Jahres sollen alle beteiligten Kommunen exemplarische Aktionspläne erarbeiten, die je nach Bedarf die notwendigen Maßnahmen zur Schaffung der Barrierefreiheit zusammenstellen. Der Schwerpunkt liegt zunächst auf den Handlungsfeldern Bildung, Mobilität und staatliche Gebäude.

Selbstbestimmung

Hierzu erklärte Innen- und Bauminister Joachim Herrmann, der Freistaat unterstütze die Modellkommunen entsprechend ihrer Einwohnerzahl. Dabei erhielten Städte und Gemeinden bis 20.000 Einwohner je 20.000 Euro Planungszuschuss, größere Kommunen je 25.000 Euro. In den nächsten Monaten würden alle gemeinsam mit ihren Bürgern und Behindertenverbänden Maßnahmen zum Erreichen der Barrierefreiheit erarbeiten. Herrmann betonte, die künftige Gestaltung von

Städten und Gemeinden solle gewährleisten, dass sämtliche Bürgerinnen und Bürger „selbstbestimmt“ ihre alltäglichen Bedürfnisse erfüllen könnten.

Leitfaden als Hilfestellung

An der Modellphase nehmen die oberbayerischen Gemeinden Starnberg und Traunstein, in Niederbayern Eggenfelden und Grafenau, für die Oberpfalz Mitterteich und Neumarkt sowie in Schwaben Höchstädt, Marktobersdorf und Günzburg teil. Franken beteiligt sich mit sieben Kommunen, wobei Kronach, Kulmbach und Litzendorf den oberfränkischen, Wassertrüdingen und Bad Winzheim den mittelfränkischen sowie Bad Kissingen und Stadtprozelten den unterfränkischen Raum vertreten. Die Erkenntnisse der Modellphase sollen in einem Leitfaden zusammengestellt werden und allen Kommunen als Hilfestellung dienen. **rm**

Bundeskabinett sichert Zukunft der Mehrgenerationenhäuser

„Gute Nachrichten für die Mehrgenerationenhäuser im Wahlkreis Roth/Nürnberg Land: Das Bundeskabinett hat mit seinem Entwurf des Bundeshaushalts einen ersten Schritt gemacht, die Zukunft der Häuser weiter zu sichern“, erklärt die heimische CSU-Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler. In ihrem Wahlkreis gibt es zwei Mehrgenerationenhäuser (MGH): eins in Wendelstein und eins in Röthenbach. „Beide leisten hervorragende Arbeit; stärken den Zusammenhalt der Menschen“, sagte Mortler.

Im Haushaltsentwurf 2015 hat das Kabinett der CSU-Frau zufolge zur Fortführung des laufenden Modellvorhabens bis Ende 2015 einmalig 16,5 Millionen Euro zur Finanzierung der MGHs veranschlagt.

Verfahrensdetails

In einer aktuellen Mitteilung des Bundesfamilienministeriums an Mortler heißt es: „Jedes der aktuell geförderten Häuser kann somit Ende des Jahres 2014 einen Förderantrag für 2015 stellen. Auch für 2015 gilt: Um die Bundesförderung in Höhe von

30.000 Euro zu erhalten, ist ein Kofinanzierungsanteil in Höhe von 10.000 Euro durch die Kommune, den Landkreis und/oder das Land zu erbringen.“

„Zu allen Verfahrensdetails werden die Träger der MGHs wie in den Vorjahren durch das Bundesfamilienministerium im Herbst informiert“, sagte Mortler, die beide Häuser über den Kabinettschluss in Kenntnis setzte. Sie betonte: „Ich hoffe, dass sich mit Blick auf die Zukunft ein Weg zur Verstärkung der Mittel finden wird, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, damit die Arbeit der Häuser dauerhaft gesichert ist.“



Anbaubalkone können jederzeit ganz einfach nachgerüstet werden. Die Wertsteigerung ist erheblich.

Vorteil Vorsatzbalkon:

Ein wirtschaftlicher und attraktiver Mehrwert

Ein Balkon erhöht die Lebensqualität eines Hauses bzw. einer Wohnung und steigert dadurch den Wert einer Immobilie. Balkone sollen aber nicht nur attraktiv, sondern auch wirtschaftlich sein. „Gerade unter diesem Aspekt bieten Vorsatz- bzw. Anbaubalkone gegenüber einer konventionellen Bauweise eine Fülle von Vorteilen bei allen Wohn- und Geschäftsgebäuden im Zuge von Modernisierungen, Sanierungen oder Neubaumaßnahmen“, erläutert Gregor Nies von der Balkon-Ideenschmiede forbis.

Anbaubalkone können auch jederzeit ganz einfach nachgerüstet werden, egal ob im ein- oder mehrgeschossigen Wohnungsbau. Umständliche Umbaumaßnahmen sind nicht notwendig. Die Wertsteigerung durch einen Balkon ist beträchtlich. Gerade in Städten ist jeder Quadratmeter Fläche mit frischer Luft heiß begehrt.

Welche Vorteile bietet nun ein Vorsatz- bzw. Anbaubalkon? Mühsen bei einem Balkon in konventioneller Bauweise noch die unterschiedlichsten Gewerke geplant und koordiniert werden (u.a. Betonbauer, Dachdecker, Estrichleger, Fliesenleger, Schlosser etc.), so erfolgt die Fertigung des Anbaubalkons „schlüsselfertig aus einer Hand“ zu einem Festpreis und einem fest vereinbarten Zeitpunkt. Zudem wirkt sich die thermische Entkopplung des Anbaubalkons vom Baukörper positiv auf die Energiebilanz des Gebäudes aus, wodurch außerdem langfristige Bauschäden mit unkalkulierbarem Instandhaltungsaufwand vermieden werden.

Aufgrund eines integrierten Entwässerungssystems gibt es auch keine Abdichtungs- und Entwässerungsprobleme wie bei herkömmlichen Balkonen. Dadurch entfallen zusätzliche Abdichtungsarbeiten und die Installation von

Regenrinnen und Fallrohren, die die Fassadenoptik nur unnötig stören. Doch Anbaubalkon ist nicht gleich Anbaubalkon. Da gibt es große Unterschiede. Nur ein von der Planung bis zur Ausführung bis ins letzte Detail durchdachtes System, wie das vom Balkon- und Treppenbauer forbis aus Olpe, kann diese Vorteile auch tatsächlich umsetzen.

Dieses System in Modulbauweise besticht durch Funktionalität und Design. Die komplette Fertigung und Vormontage erfolgt im Werk. Dadurch wird eine schnelle und problemlose Montage vor Ort gewährleistet. Die Installation erfolgt zudem durch ein eingespieltes Team des Herstellers. Die Standardabmessungen reichen bis 6.980 mm Breite und bis 2.940 mm Tiefe (andere Ausführungen auf Anfrage).

Individuelle Ausführungswünsche können selbstverständlich jederzeit realisiert werden. Außerdem kann beispielsweise schon in den Standardversionen zwischen vielen verschiedenen Bodenbelägen und Geländervarianten gewählt werden. Sämtliche Stahlteile werden übrigens grundsätzlich nach DIN EN ISO 1461 feuerverzinkt. Eine zusätzliche Pulverbeschichtung in allen RAL-, NCS- oder DB-Farben ist selbstverständlich ebenfalls möglich. **□**

Architektouren 2014

Bereits zum 19. Mal würdigte die jährliche Leistungsschau „Architektouren“ bayerische Architektur, Stadtplanung, Landschafts- und Innenarchitektur sowie bemerkenswerte Projekte und gab Laien wie Fachleuten die Möglichkeit, sich selbst ein Bild von gelungenen Beispielen heutiger Baukultur zu machen.

Im Angebot war wieder eine breite Palette möglicher Bauten: Wohnhäuser, Bürogebäude, Kirchen, Kindertagesstätten, Schulen, Wirtschaftsgebäude. Auch Platzgestaltungen und Freianlagen wie der naturnahe Spielraum am Tucherpark in München-Lehel gehörten zum Programm.

Architekturinteressierte oder diejenigen, die aktuell ein eigenes Bauvorhaben planen, erhielten wertvolle Einblicke und Anregungen. Ein umfangreiches Kinderprogramm, Busfahrten und eine Wanderausstellung rundeten das Angebot ab. Als Kooperationspartner fungierte die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr.

„Architektur bewegt!“

Unter dem bundesweiten Motto „Architektur bewegt!“ öffneten sich bayernweit insgesamt 324 Projekt-Pforten. Darunter wurden auch zahlreiche Projekte von der Bayerischen Staatsbauverwaltung realisiert. Das breite Spektrum der staatlichen Bauprojekte reichte unter anderem von der Sanierung der Anatomischen Anstalt der LMU in München und dem Neubau des Hauses der Berge in Berchtesgaden über die Erweiterung des Finanzamtes Fürth bis hin zu einem neuen Outdoor Recreation Center der US-Garnison Bavaria in Grafenwöhr.

Stellvertretend für zahlreiche kommunale Projekte seien die Generalsanierung der Freiheitshalle Hof, Freianlagen für Kinder

in München-Bogenhausen, das Haus für Kinder in Gilching, die neue Dorfmitte Kay in Tittmoring, die Neugestaltung des Vorplatzes Schneiderturm/Mesnerhaus in Markt Indersdorf, die Kindertagesstätte Ecolino in Pfaffenhofen sowie der Neubau einiger Gehege im Straubinger Tiergarten genannt.

Abgerundete Ecken

Seit Ende der 1960er Jahre gibt es in Ismaning, mitten im Ortskern, ein Hallenbad auf dem Gelände der ehemaligen Schloss-Ökonomie. 2007 wurde die komplette Sanierung des Bades beschlossen. Umschlossen von Schulen, dem Bürgersaal der Gemeinde und einer Tiefgarage, stellte diese Lage die Planer vor eine größere Herausforderung, denn der Raum für das neue Schwimmbad war begrenzt. Daher wählten die Architekten eine besondere Form: abgerundete Ecken.

Auch im Inneren erfüllt die Form des Gebäudes eine Funktion: „Buchten“ teilen das Bad in Freizeit-, Spiel-, Erholung- und Wellnessbereiche. Im Übrigen greift nicht nur die Form des Bades das Element Wasser auf: Die blaugrünen Becken mit den umlaufenden sandfarbenen Fliesen sollen den Eindruck von Strand und Meer vermitteln und Urlaubsgefühle in dem Familien- und Sportbad aufkommen lassen. Zudem ist der Kleinkinderbereich wie eine große Sandburg gestaltet. **DK**

Strategien für die grüne Stadt der Zukunft

„European Urban Green Congress“ der ELCA in Hamburg

(lifePR) - Anlässlich ihres 50-jährigen Jubiläums veranstaltete die European Landscape Contractors Association (ELCA) in Hamburg den internationalen European Urban Green Congress. Die über 150 Teilnehmer kamen überwiegend aus Europa, aber auch aus Kanada, Japan und Australien.

ELCA-Präsident Emmanuel Mony zitierte gleich in seinem Eröffnungs-Statement aus der aktuellen Mitteilung der EU-Kommission an das EU-Parlament, den Rat und die zuständigen Ausschüsse, in der sich die Kommission unter anderem zum ökologischen und sozialen Nutzen von urbanem Grün bekennt. Mony: „Dieses Bekenntnis bestätigt unsere Argumentation und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass diese Nachricht verbreitet und in praktisches Handeln umgesetzt wird: Die grüne Stadt ist das Modell der Zukunft!“

Schon mit der Vorstellung verschiedener Best-Practice-Beispiele wurde deutlich, dass es sehr unterschiedliche Gewichtungen innerhalb des Modells „grüne Stadt“ gibt. Kontroverse Positionen wurden insbesondere in der Podiumsdiskussion unter dem Titel „Grüne Städte als Treiber von Wachstum und Wohlstand“ ausgetauscht.

Sprecher auf dem Podium waren Michael Sachs, Staatsrat für Stadtentwicklung der Freien und Hansestadt Hamburg, Henk Meijer, Projektdirektor des niederländischen Almere Centrum Weerwater, Ricky Burdett, Professor für Architektur an der London School of Economics (LSE), Olaf Tschimpke, Präsident des Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) und ELCA-Präsident Emmanuel Mony.

Ricky Burdett betonte, dass es differenzierter und individueller Strategien bedarf, um die aktuellen und zukünftigen Probleme der europäischen Städte zu lösen. Weder pauschale Forderungen nach „mehr Grün“ noch einheitliche

Konzepte seien geeignet, um der jeweiligen lokalen Situation gerecht zu werden.

Selbst innerhalb einer Stadt können unterschiedliche Strategien gefordert sein, wie Michael Sachs deutlich machte: „Wir arbeiten in der Stadtentwicklung am lebenden Organismus, die Zeiten der hoheitlichen Politik sind vorbei. Politik und Verwaltung sind im ständigen Austausch mit Bürgern und Interessenvertretern vor Ort.“

Auch Olaf Tschimpke betonte die Notwendigkeit einer konsequenten Bürgerbeteiligung und daraus folgend veränderte Planungsprozesse: „Lebendiges Grün steht zentral, ist jedoch nicht das alleinige Ziel, wir müssen auch eine neue Architektur wagen und wir brauchen wissenschaftliche Forschung.“

Henk Meijer rief dazu auf, Bürger zu aktivieren: „Das Spektrum innerhalb der grünen Stadt ist groß und umfasst Gesundheitsaspekte ebenso wie Vielfalt, Stadtklima, soziale Fragen, Energie und Transport.“ Olaf Tschimpke begrüßte den Vorstoß der ELCA zur Verabschiedung einer Charta mit unterschiedlichen Interessengruppen: „Das Grün in der Stadt braucht eine starke Lobby und deshalb ist auch ein gemeinsames Vorgehen des Garten- und Landschaftsbaus mit Naturschutzverbänden und anderen Gruppen richtig.“

Emmanuel Mony betonte abschließend den Wert des internationalen Austauschs und rief dazu auf, die Ideen und Anregungen vor Ort in die Debatte mit Politikern und Entscheidern zu tragen. **□**

TV BAYERN
LIVE

Bondi Beach, Sidney?



Eisbach, München!

* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

Zukunft energieautarke Kläranlage?

Deutschlands Kläranlagen und die (un)lösbaren Energiekosten

Es gibt gesetzliche Auflagen für die Ablaufwerte, die jede Kläranlage einhalten muss. Das schaffen die meisten Anlagen in Deutschland, aber beim Thema Energieverbrauch gibt es noch Nachholbedarf. Gerade die Kostenexplosion der letzten Jahre zeigt, dass Energiemanagement zukünftig eines der entscheidenden Kriterien beim Betreiben von modernen Abwasserreinigungsanlagen sein wird.

Den größten Anteil der Energie für die Abwasserreinigung benötigt die biologische Reinigungsstufe. „Die Kläranlage Geiselbullach (Bau 1967, späterer Ausbau auf

250.000 Einwohner, Betreiber: Amperverband) ist da keine Ausnahme“, berichtet Geschäftsleiter Thilo Kopmann. Aber wo am meisten Energie verbraucht wird, ist

auch das größte Einsparungspotenzial. Kopmann rechnet das einfach durch.

Reif für neue Produkte

„Unsere Belebungsbecken mit Festbetttechnologie, E-Turbo Verdichter und Keramik-Platten Belüfter hatten eine lange Standzeit. Auf der einen Seite erfreut, machte es aber auch deutlich, dass die Zeit

reif war für neue, moderne Produkte, denn die biologische Reinigungsstufe ist der größte Stromverbraucher auf jeder Anlage.“

In Sachen Energieeffizienz kann 20 Jahre alte Technik mit dem neuen Stand der Technik einfach nicht mithalten. Es ist eine simple Rechenaufgabe: Stromverbrauch der nächsten Jahre, Kosten und Investitionen gegenüberstellen, da sieht man ganz schnell, wo die Reise hinget. „In Geiselbullach haben wir unter anderem mit der Erneuerung des textilen Cleartec-Festbetts der Firma Jäger Umwelt-Technik, den neuen PU-Belüftern und neuen Turboverdichtern die Eigenstromversorgung von 50 auf 90 % gesteigert. Das zeigt, wie signifikant der Energiebedarf gesunken ist“, so Kopmann „und hier liegt das größte Einsparpotenzial. Letztendlich betreiben wir eine Kläranlage und kein Kraftwerk.

Es geht nicht darum, so viel Strom wie möglich zu erzeugen, sondern so wenig wie möglich zu verbrauchen. Nur so können wir dauerhaft eine solide Gebührenstabilität für unsere Verbraucher garantieren.“

Zahlreiche Anwendungsmöglichkeiten

Neben Energieoptimierung ermöglicht die innovative Cleartec Festbetttechnologie verbesserte Abbauleistung, Kapazitätserhöhung und Volumeneinsparung. Nachrüstungen oder Erneuerungen von Belebungsbecken mit dem Komplettsystem textiles Festbett und Hochleistungs-Streifenbelüftern sind die Basis für eine effiziente Belüftung.

Die Festbetten benötigen keine zusätzliche (Belüftungs-) Energie zur Regulation des Biofilms, lediglich die Biomasse muss mit Sauer-

stoff versorgt werden. Die Möglichkeiten eines Ausbaus sind vielfältig und ohne bauliche Erweiterungen möglich. Anlagen mit Platz- oder Kapazitätsproblemen können so mit einfachen Maßnahmen ihre Abbauleistung steigern und die geforderten Werte einhalten.

Thilo Kopmann geht sogar noch einen Schritt weiter. „Streifenbelüfter in einer DN-/N-Zone, in der mittels Impulsstoßbelüftung die ausreichende Durchmischung des Belebtschlammes vorgenommen wird. So ermöglichen hocheffiziente Lufterzeuger sowie Belüfter in unserer biologischen Stufe eine Verringerung des Energieverbrauchs im Vergleich zu den bisher eingesetzten Rührwerken. Wir müssen einfach die bewährte Technik auch in anderen Bereichen umsetzen. Das ist der nächste Schritt zur Energieautarkie.“

DWA-Politikmemorandum 2014

Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA) hat ihre Positionen zur Umweltpolitik in einem neuen Politikmemorandum formuliert. So bietet die Wasserwirtschaft ihrer Überzeugung nach viele Chancen für eine nachhaltige Energieerzeugung, zum Beispiel die Wasserkraft sowie die energetische Nutzung von Klärschlamm (einschließlich Co-Vergärung) und von Abfällen bis hin zur Wärmeenergiegewinnung aus Abwasser. Von der Politik erwartet die DWA eine zukunftsweisende und praxistaugliche Reform des Gesetzes über Erneuerbare Energien (EEG). Dabei ist für die Wasserwirtschaft die Erhaltung der EEG-Befreiung für die Eigenstromnutzung die wichtigste Forderung.

Auf den Kläranlagen, die zu den größten kommunalen Strom- und Wärmeverbrauchern zählen, sind laut DWA in den vergangenen Jahren mit erheblichen Investitionen in moderne Anlagentechnik große Anstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz unternommen worden. Diese Anlagen profitierten häufig nicht von der EEG-Förderung. Der in bestehenden und neu zu errichtenden EEG-Anlagen der Wasserwirtschaft selbst erzeugte und sodann eigenverbraachte Strom sollte auch weiterhin von der EEG-Umlage freigestellt sein. Klär- bzw. Faulgas entsprende in größeren Anlagen zwangsläufig als „Nebenprodukt“ bei der Abwasserreinigung, so dass nach Ansicht der Wasserwirtschaft eine Gleichstellung mit dem im Koalitionsvertrag genannten „Kupfergas“ sachgerecht ist.

Erfüllter Zweck

Der Zweck des EEG, konventionell erzeugten Strom zunehmend durch Strom aus erneuerbaren Quellen zu ersetzen, werde durch die Faulgasnutzung auf Abwasseranlagen bereits erfüllt. Die Streichung des Eigenstromprivilegs würde wichtige Beiträge der Wasserwirtschaft zu einem nachhaltigen Energiehaushalt in Frage stellen und die Wirtschaftlichkeit der bereits getätigten sowie der zukünftigen Investitionen erheblich beeinträchtigen.

Die Erhöhung der Energieeffizienz ist oberstes Ziel bei den Anstrengungen zur energetischen Optimierung in der Wasserwirtschaft. Der Stromverbrauch der kommunalen Kläranlagen je Einwohnerwert und Jahr liegt im Durchschnitt bei 34 kWh. Er variiert stark und ist abhängig von der Ausbaugröße und der Reinigungsleistung der Kläranlagen. Allein durch Energiesparmaßnahmen, Erhöhung der Energieeffizienz und Nutzung erneuerbarer Energien auf Kläranlagen lassen sich, so die DWA, bis zu 25 % des für die Abwasserreinigung benötigten Stroms einsparen. Auch der Wärmebedarf lässt sich durch Anlagenoptimierung erheblich senken.

Für eine energieeffiziente Wasserwirtschaft seien dabei Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (KWK) zunehmend wichtig. „Daher ist es von großer Bedeutung, verlässliche Rahmen-

bedingungen für KWK-Anlagen, insbesondere nach dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz zu schaffen. Die Kläranlagenbetreiber können durch Energiechecks und Energieeffizienzanalysen die Potentiale für eine individuelle Optimierung der Anlagen ermitteln“, heißt es in dem Memorandum.

Eine weitere Forderung: „Die Nutzung der Wasserkraft muss mit den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang gebracht werden. Dies betrifft vor allem das Erreichen des guten ökologischen Zustands/Potenzials. Die Wiederherstellung bzw. Erhaltung der Durchgängigkeit der Gewässer (z. B. für Fische und Geschiebe) ist hierbei ein zentraler Aspekt.“ Die DWA sieht vorwiegend in der Modernisierung bestehender Wasserkraftanlagen zusätzliche Potenziale für eine zukunftsweisende Energieerzeugung. Der Ausbau von Pumpspeicherkapazitäten sollte auch zur Sicherung der Netzstabilität unterstützt werden.

Risiken minimieren

Neben den Gefahren und wirtschaftlichen Auswirkungen durch häufigere Hochwasser müssen laut DWA auch die mit den zu erwartenden längeren Trockenperioden verbundenen Probleme für den gesamten Landschaftswasserhaushalt und auf die Gewässer berücksichtigt werden. Durch plötzlich auftretende Starkregenereignisse oder extreme Hochwassersituationen könnten verstärkt große Schäden durch den Klimawandel, sowohl für den Einzelnen als auch für die gesamte Volkswirtschaft entstehen.

„Diese Risiken können die Bundesländer und Kommunen durch geeignete Vermeidungs-, Schutz- und Vorsorgemaßnahmen sowie Warnungen frühzeitig minimieren. Dazu gehören eine wassersensible Stadtentwicklung, Schwachpunktanalysen und Überflutungsnachweise sowie deren Umsetzung in die Raum- und Bauleitplanung. Die Bevölkerung muss für diese Themen sensibilisiert werden. Für eine Änderung der Bemessungskriterien von Kanalnetzen wird derzeit jedoch kein Anlass gesehen.“

Zudem müssten angemessene Fördermittel auch langfristig bereitgestellt werden. Es gelte, freiwillige Versicherungslösun-

gen zu akzeptablen Konditionen auszubauen. Gleichzeitig sollte das Bauen – notfalls auch das Wiederaufbauen – in Überschwemmungsgebieten deutlich eingeschränkt und ggf. verboten werden. Schließlich müsse die Problematik der lokalen Sturzfluten durch Starkregenereignisse bei der strategischen Hochwasservorsorge mit einbezogen werden.

Mit Blick auf die Abwasserinfrastruktur betont die DWA: „Ihr Wiederbeschaffungswert hierzulande wird auf gut eine Billionen Euro geschätzt, wobei das Kanalisationsnetz dabei den größten Anteil einnimmt. Dem stehen jährliche Investitionen im Bereich der Abwasserinfrastruktur von etwa 4,5 Mrd. Euro gegenüber. Hier besteht ein erhebliches Missverhältnis zwischen den getätigten Investitionen und dem Wert der Anlagen.“

Investitionen steigern

Daher müssten die Investitionen wesentlich gesteigert werden, um den Bestand für zukünftige Generationen zu erhalten. Somit komme der Infrastrukturförderung des Bundes eine wichtige Rolle zu. Zudem sollten bei der Sanierung der öffentlichen Kanalisation im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung auch die privaten Grundstücksentwässerungsanlagen mit einbezogen werden. Hier müsse bei älteren Leitungen von sehr hohen Schadensraten ausgegangen werden.

Für die DWA sind folgende Punkte besonders wichtig:

- Abwasseranlagen müssen dicht sein
- Boden und Grundwasser vor Verunreinigungen schützen
- Grundwassereinträge in Abwasserleitungen vermeiden
- Angemessene und überzeugende rechtliche Rahmenbedingungen schaffen
- Untersuchungsprogramme nach Prioritäten festlegen
- Aktivitäten für öffentliche und private Abwasseranlagen koordinieren
- Immobilienwerte und Infrastruktur bewahren
- Information und Unterstützung der Grundstückseigentümer verstärken
- Sanierungsbedarf ermitteln und fachgerecht handeln.

Die Wasserwirtschaft in Deutschland ist weitgehend durch europäische Vorgaben geprägt. Die Umsetzung der Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne durch die Länder, die im Jahr 2015 aktualisiert werden müssen, ist ein Schwerpunkt.

Die Bewertung des chemischen Zustandes der Oberflächengewässer in den relevanten Flussgebietseinheiten in Deutschland zeigt, dass sich 88 Prozent der Flüsse in einem guten chemischen Zustand befinden.

„Das ist ein erfreuliches Ergebnis und belegt den Erfolg der intensiven Anstrengungen der deutschen Wasserwirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten um die Verbesserung der Gewässerqualität“, stellt die DWA fest.

Ökologischer Zustand

Dagegen sei der ökologische Zustand der Oberflächengewässer in Deutschland noch nicht zufriedenstellend. Nur 10 Prozent der Oberflächengewässer erreichten den guten Zustand nach den strengen Vorgaben des Wasserrechts. Die Defizite lägen vor allem bei der Gewässer- und Grundwasser-morphologie. Vor allem sei die Durchgängigkeit oberirdischer Gewässer für die Fischfauna zu verbessern. Für das Grundwasser bestehe noch erheblicher Handlungsbedarf.

Insbesondere die Nitratbelas-

tung stelle in verschiedenen Regionen ein Problem dar. Während Deutschland bei der Ableitung und Reinigung von Abwasser im europäischen Vergleich Spitzenplätze belegt, bescheinigten aktuelle Untersuchungen der EU-Kommission Deutschland im Bereich des Eintrages von Nitrat, insbesondere durch diffuse Stoffeinträge aus der Landwirtschaft, erheblichen Nachholbedarf. Hier gelte es, gemeinsam mit der Landwirtschaft einen Konsens im Bereich der Nährstoffeinträge zugunsten eines weiterentwickelten Gewässerschutzes zu finden.

Wichtiges Instrument

Stichwort Benchmarking: Freiwilliges Benchmarking hat sich als wichtiges Instrument zur fortlaufenden weiteren Optimierung des hohen Leistungs-

standes der deutschen Wasserwirtschaft bewährt. Erfahrungsberichte aus Betrieben, die sich über mehrere Jahre an Benchmarkingprojekten beteiligt haben, belegten dies eindrucksvoll, so die DWA. Benchmarking fördere zudem die Transparenz der Wasserwirtschaft gegenüber der Öffentlichkeit. Gemeinsam mit den maßgeblichen Verbänden in der deutschen Wasserwirtschaft setzt sich die DWA für eine Verbreitung dieses Instruments, insbesondere auch bei den kleineren und mittleren Betrieben, ein. Auch zukünftig sollten die den Benchmarkingprozessen zugrundeliegenden Rahmenbedingungen in den Regelwerken von DWA und DVGW bundeseinheitlich festgelegt werden. Einer stärkeren Unterstützung bedürfte Benchmarking insbesondere auf der kommunalpolitischen Ebene. **DK**



JÄGER
Umwelt-Technik

Abwasserbelüftung und Festbett-Technologie Energieeffizient und Kostenorientiert

Cleartec Festbetttechnologie für neue Anlagen
und Ersatzlieferung für bestehende Systeme

- Beratung
- Planung
- Ausrüstung



Jäger Umwelt-Technik GmbH & Co. KG | Ruscheplattenstraße 14 | 31137 Hildesheim
Tel. +49 5121 9138 900 | Fax +49 5121 9138 999
www.jaeger-envirotech.com | info@jaeger-envirotech.com

3. Deutscher Reparaturtag in Hannover:

Was sind Reparaturen wirklich wert?

Am 23. September 2014 findet in der Niedersachsenhalle im Hannover Congress Centrum (HCC) der 3. Deutsche Reparaturtag statt. Der Stellenwert der vom Verband Zertifizierter Sanierungsberater für Entwässerungssysteme (VSB) und der Technischen Akademie Hannover (TAH) ins Leben gerufenen eintägigen Veranstaltung als Forum für den Austausch von Erfahrungen aus der Praxis der ganzheitlichen Kanalsanierung ist bereits in den Vorjahren deutlich geworden.

Noch immer wird die Reparatur zuweilen als Sanierungsverfahren von untergeordneter Bedeutung angesehen – zu Unrecht, zeigen doch Erhebungen, dass Reparaturverfahren auf dem Vormarsch sind: 36% aller durchgeführten Sanierungen wurden unter Nutzung von Ausbesserungs-, Injektions- oder Abdichtungsverfahren durchgeführt – das ist zumindest das Ergebnis der letzten 2009 veröffentlichten DWA-Umfrage zum Zustand der Kanalisation in Deutschland.

Nach wie vor herrscht in der Branche jedoch großer Informationsbedarf zu den verschiedenen Verfahren und ihrer Eignung hinsichtlich konkreter Anwendungszwecke. Wohl nicht zuletzt deshalb, weil es im Bereich der Reparaturverfahren auch im Jahr 2014 an Normen und DIBt-Zulassungen fehlt, die Qualität sicherstellen und bei Planern und Auftraggebern für Vertrauen sorgen.

Teufelskreis

Über diesen Sachverhalt soll in Hannover ebenso Klartext geredet werden wie über mögliche Nutzungsdauern bei Reparaturverfahren, den Umgang mit Mängeln bei der Bauausführung oder die heikle Frage nach der Honorierung. Gerade in letztem Punkt bewegen wir uns in einem regelrechten Teufelskreis: Angesichts einer unattraktiven Vergütung haben die Reparaturverfahren oft keine Lobby und stehen bei der Sanierungsplanung in niedrigem Ansehen. Kein Wunder, wenn deshalb auch die Qualität von Sanierungsmaßnahmen auf der Strecke bleibt.

Technik im Visier

Dafür, dass auch die Technik nicht zu kurz kommt, sorgt ein eigener Themenblock mit Fachvorträgen, die Verfahren, Materialien und auch Anwendungs- und Einsatzgrenzen von Reparaturverfahren beleuchten. Den Abschluss der Veranstaltung, die von einer Fachausstellung mit Herstellern und Verbänden begleitet wird, bildet eine Podi-

umsdiskussion, bei der ebenfalls der Wert von Reparaturen im Fokus stehen wird: „Wie lange muss eine Reparatur wirklich halten?“ Moderator Prof. Volker Wagner von der Hochschule Wismar möchte hier gemeinsam mit Rednern und Auditorium Antworten finden, die verlässliche Hilfestellungen für den Alltag bieten.

Drei Blöcke geballtes Know-how

Am Vormittag werden zunächst „Anforderungen und praktische Umsetzung“ im Fokus stehen. Dipl.-Ing. Simone Lüthje von der Hamburger Stadtentwässerung AöR, Dipl.-Ing. Markus Maletz vom TÜV Rheinland und Prof. Dr.-Ing. Frank W. Günther von der Universität der Bundeswehr in München referieren über die Reparatur als Bestandteil der Kanalsanierungsstrategie, den aktuellen Stand von Normung und Regelwerk sowie deren weitere Entwicklung und die Ermittlung der Nutzungsdauer bei Reparaturverfahren.

Der zweite Themenblock steht ganz im Zeichen von „Verfahren und Materialien – Anwendung und Einsatzgrenzen“. Dipl.-Ing. Andreas Haacker von der Siebert + Knipschild GmbH in Oststeinbeck wird anhand von Beispielen aus der Praxis Vor- und Nachteile sowie Einsatzgrenzen von Kunstharzen aufzeigen, Dipl.-Ing. Roland Wacker, Ingenieurbüro für Kanalsanierung und Kanalinstandhaltung, wird über seine Erfahrungen mit der Reparatur von Zulaufanbindungen berichten.

Roter Faden

Dipl.-Ing. Ralf Puderbach vom Franz Fischer Ingenieurbüro in Erfurt beschließt dann den Themenblock mit einem Vortrag über „Großprofilreparatur an der Grenze des Machbaren“: Welche Reparaturverfahren eignen sich für schwer zugängliche Bereiche unter Bergsenkungseinfluss, wie lassen sich zukünftige Bewegungen aufnehmen? „Planung, Bauüberwachung

und Honorierung“ bilden den roten Faden des gleichnamigen dritten Vortragsblocks. Was ist überhaupt ein Mangel, was nicht? Dipl.-Ing. (FH) Markus Vogel von VOGEL Ingenieure, Kappelrodeck, nimmt sich dieser grundsätzlichen Frage in seinem Vortrag über Abnahmekriterien und Mängelbeseitigung an. Grundlegende Bedeutung hat auch das Thema, über das Dipl.-Ing. Peter Kalte vom GHV Gütestelle Honorar- und Vergaberecht e.V., Mannheim, in seinem Beitrag „Honorierung von Reparaturplanungen – Honorierungsempfehlungen auf Basis der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) 2013“ informieren möchte.

Was darf Kanalsanierung kosten?

„Undichte Leitungen müssen saniert werden“ – immerhin darin seien Auftraggeber, Netzbetreiber und Planer aus Ingenieurbüros sich in der Regel einig, weiß Dipl.-Ing. Michael Hippe, Vorsitzender des Vorstands, Verband Zertifizierter Sanierungsberater für Entwässerungssysteme e. V. (VSB). Häufig aber herrsche bei den Verantwortlichen große Unsicherheit hinsichtlich der Auswahl des im jeweiligen Fall idealen Sanierungsverfahrens. Wann ist Renovierung ratsam, in welchen Fällen ist eine komplette Erneuerung des Kanals unumgänglich – und in welchen Fällen ist eine Reparatur die beste Lösung?

Vielfältige Verfahren

Informationen zu finden, die bei der Entscheidungsfindung helfen, ist alles andere als leicht. Zumal es mit der Entscheidung für „die Reparatur“ bei weitem nicht getan ist. „Die Reparatur“ gibt es nämlich gar nicht, zu vielfältig sind die angebotenen Materialien und Verfahren. Und hier haben Netzbetreiber und Planer dann die Qual der Wahl: Welches Verfahren ist für welche Maßnahme die richtige Lösung, und wo liegen die jeweiligen Einsatzgrenzen? Um diese Fragen beantworten zu können, sind mehr als nur Grundkenntnisse notwendig. „Erste Hinweise finden sich natürlich in den einschlägigen Angaben der Hersteller“, so Hippe. „Trotzdem ist die praktische Erfahrung bei der Auswahl des vor-

Ort am besten geeigneten Sanierungsverfahrens durch nichts zu ersetzen.“

Wirtschaftliche Aspekte ausschlaggebend

Im Zweifelsfalle geben wirtschaftliche Überlegungen den Ausschlag – mit ein Grund, warum die vergleichsweise kostengünstige Reparatur seit einigen Jahren im Aufwind ist. Zu diesem Ergebnis kommt auch die von der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) durchgeführte Umfrage. Demnach „sind für die Planung eines Sanierungsverfahrens und die Auswahl des Verfahrens im Rahmen der Planung die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung und hierbei die zugrunde liegende Nutzungsdauer und Höhe der Investition von maßgeblicher Bedeutung“ (DWA 2009). Das könnte auch eine Erklärung dafür sein, warum der Anteil der Erneuerungs- und Renovierungsverfahren bei Sanierungsmaßnahmen ab-, der der Reparaturverfahren dagegen zunimmt.

Höchste Zeit also, dem nach wie vor oft stiefmütterlich betrachteten Thema Reparatur zu dem Stellenwert im Bewusstsein der Verantwortlichen zu verhelfen, der ihm tatsächlich gebührt. Denn, da ist sich Hippe sicher, gerade in einem frühen Schadensstadium trägt der Einsatz eines Reparaturverfahrens meist sinnvoll dazu bei, Funktion und Wert der Kanalisation zu bewahren.

Zahlreiche Ansätze, breites Programm

Was ist wo die richtige Lösung – was hat sich bewährt? Der Reparaturtag möchte praktische Hilfestellung leisten und deckt dabei ein breites Spektrum ab – von Vorträgen aus der Praxis, die den Einsatz verschiedener Reparaturverfahren und -materialien anhand von Anwendungsbeispielen anschaulich machen, bis hin zu Informationen über den aktuellen Stand von Regeln und Normen, die jetzt und in Zukunft zu beachten sind.

„Hier tut sich zur Zeit eine ganze Menge“, erläutert Hippe. Auch der VSB mache sich für die Regelung von Reparaturverfahren stark. „Für den Themenkomplex wurde eigens ein Normungsantrag gestellt, darüber hinaus werden die Zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen aktualisiert und in die Reihe M 144 der DWA überführt“, berichtet der Vorstandsvorsitzende des VSB. Dieses Engagement trägt letztlich dazu bei, die Position der Reparaturverfahren zu stärken und weiter im Markt zu etablieren. Ein Anspruch, den sich Veranstalter und Hersteller auch vom nunmehr 3. Reparaturtag erhoffen.

Fachausstellung

„Die Titel der Vorträge und die Namen der Referenten werden für das nötige Interesse in der Branche sorgen“, ist Dr.-Ing. Igor Borovsky überzeugt. Der 1. Vorsitzende der Technischen Akademie Hannover erhofft sich darüber hinaus weitere Impulse von der Diskussion über die vielfältigen Reparaturverfahren. Neben dem breitgefächerten Vortragsprogramm mit anschließender Podiumsdiskussion werden die Besucher des 3. Reparaturtags auch in Hannover eine angegliederte Fachausstellung finden – ein Konzept, das sich in der Vergangenheit bestens bewährt hat und das den Sponsoren der Veranstaltung Gelegenheit bietet, ihre neuesten Entwicklungen aus dem Bereich der Reparaturverfahren vorzustellen. □



Für die Sanierung stand nur ein Zeitfenster von sechs Stunden in der Nacht zur Verfügung. So mussten die Bauabläufe bis auf die Minute genau eingehalten werden, um die Sanierung bis 5:00 Uhr erfolgreich abschließen und die Baustelle vor Flugbetriebsbeginn verlassen zu können.

Bild: DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG

Pünktlich auf die Minute

UV-Liner-Einzug im Sicherheitsbereich der Startbahn West

Der Frankfurter Flughafen ist mit 58 Millionen Passagieren in 2013 Deutschlands größter Verkehrsflughafen und der drittgrößte in Europa. Für den reibungslosen Betrieb des Flugverkehrs zeichnet die FRAPORT AG verantwortlich, zu deren Aufgaben auch die Instandhaltung der Infrastruktur auf dem gesamten Flughafengelände gehört. Im Rahmen des Neubaus der Rollwege zwischen den Start- und Landebahnen Nord und Süd hat die ausführende Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmen Bickardt Bau AG und JOHANN BUNTE Bauunternehmung GmbH & Co. KG die DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG mit der Sanierung eines Schmutzwasserkanals DN 300 beauftragt.

Die besondere Herausforderung der Baumaßnahme bestand darin, dass der Schmutzwasserkanal unterhalb der Startbahn West verläuft und eine Sanierung nur in der flugfreien Zeit zwischen 23:00 Uhr abends und 5:00 Uhr morgens erfolgen konnte.

Einsatz eines lichterhärtenden GFK-Liners

Aus diesem Grund entschied man sich für den Einsatz eines lichterhärtenden GFK-Liners, der innerhalb kurzer Zeit eingebaut und angeschlossen werden kann. Zudem verfügt der Liner über eine hervorragende chemische Beständigkeit: ein Aspekt, der auf Flughäfen vor allem mit Blick auf die verwendeten Enteisungsmittel und möglicherweise anfallende Kerosinreste eine entscheidende Rolle spielt.

Optimale Wahl

Für die Sanierung von Abwasserkanälen gibt es eine Vielzahl an Sanierungsverfahren, die vom Planer je nach Randbedingungen und Anforderungen für den Anwendungsfall auszusuchen sind. Auf dem Frankfurter Flughafen spielten der sehr knappe Zeitrahmen für die Bauabwicklung und eine hohe Widerstandsfähigkeit gegen Chemikalien die entscheidende Rolle für die Wahl des Sanierungssystems. Die erforderlichen Parameter hat der von der D&S Rohrsanierung eingesetzte UV-Liner voll erfüllt.

Das ausgewählte System besteht aus einem mehrlagigen, korrosions- und chemikalienbeständigen GFK-Liner, der mit einer Außen- und Innenfolie versehen ist. Die Wanddicken betragen in Abhängigkeit von der berechneten Statik 3,0 bis 15,6 mm.

Perfektes Timing bis auf die Minute

Um die Sanierung des 130 m langen Kanalabschnittes innerhalb von nur sechs Stunden erfolgreich abschließen zu kön-

nen, wurde die obligatorische Reinigung und Kamerabefahrung des Kanals vorgezogen. Unmittelbar nach Freigabe des Geländes durch die FRAPORT startete die Sanierungskolonnen der D&S-Rohrsanierung um 23:00 Uhr zur Baustelle an der Startbahn West. Nach dem Einbau einer Gleitfolie in die Altröhreleitung und Montage von Packern an den Linierenden wurde der werkseitig mit einem UP-Harz getränkte Schlauchliner mit einer Seilwinde in die zu sanierende Haltung eingezo-

„Danach wurde der Liner unter Druckluft aufgestellt und eine UV-Lichtquelleneinheit mit einer definierten Geschwindigkeit – sie ist abhängig von der Linerdicke und Lichtstärke der UV-Lichtquelleneinheit – durch den aufgestellten Liner gezogen“, erläutert Bauleiter Dipl.-Ing. (FH) M.Eng. Markus Schäfer, DIRINGER & SCHEIDEL ROHRSANIERUNG GmbH & Co. KG, NL Aschaffenburg, den weiteren Ablauf.

TV-Kamera sorgt für kontinuierliche Überwachung

Der Vorgang wird mit einer TV-Kamera an der Lichtquelle kontinuierlich überwacht. Das Ergebnis ist eine formschlüssig anliegende, dichte Rohrauskleidung. Alle Werkstoffe sowie der Installationsprozess unterliegen der Eigen- und Fremdüberwachung im Rahmen eines Qualitätssicherungsplans.

„Die Vorteile des UV-Liners sind die schnelle Bauabwicklung, die hohe Flexibilität bei Profilen und Nennweiten sowie die hohe Resistenz gegen chemische und mechanische Belastungen, eine lange Lebensdauer und ausgezeichnete hydraulische Eigenschaften“, fasst Schäfer die hervorragenden Produkteigenschaften zusammen.

Die Mannschaft der D&S-Rohrsanierung verließ auf die Minute pünktlich den Sicherheitsbereich, unmittelbar bevor die Startbahn wieder freigegeben wurde. □

Grabenlos gut!



DIRINGER & SCHEIDEL
ROHRSANIERUNG

D&S

Aschaffenburg | Dessau | Freiburg
Herne | Leipzig | Mannheim | München
Nürnberg | Oldenburg | Saar | Wetzlar
Frankreich | Italien | Luxemburg | Polen
www.dus-rohr.de

Kieler Ingenieurbüro setzt auf das Gütezeichen AB:

Gütesicherte Ausschreibung und Bauüberwachung

Wir sind auf dem richtigen Weg

Die Sanierung von Abwasserleitungen und -kanälen erfordert ein spezielles Know-how – bei Auftraggebern und Bauüberwachern ebenso wie bei den ausführenden Unternehmen: Diese Meinung vertritt auch Dipl.-Ing. Dirk Noack, Geschäftsführer IPP Ingenieurgesellschaft Possel u. Partner GmbH & Co. KG, Kiel. Für Noack beginnt eine erfolgreiche Kanalsanierung bereits mit der Auswahl des Planers und nicht erst mit der Auftragsvergabe an ein geeignetes Unternehmen. „Der Umgang mit dem Investitionsgut Kanalinfrastruktur erfordert erfahrene Fachleute, und das sowohl bei Planung und Ausschreibung als auch bei Ausführung und Bauüberwachung“, so Noack.

Fehlende Fachkenntnisse, geringe Erfahrungen oder eine oberflächliche Projektbearbeitung führen zu unvollständigen Planungsprojektierungen und Ausschreibungsunterlagen. Das

Resultat sind Sanierungsergebnisse, die die gestellten Anforderungen und Erwartungen nicht erfüllen: „Weder unter wirtschaftlichen Aspekten noch mit Blick auf einen nachhaltigen Kanalbau oder den Schutz der Umwelt“, betont Noack, der an dieser Stelle kritisch darauf hinweist, dass Aufträge teilweise immer noch nach dem Motto „Hauptsache, billig“ vergeben werden. Es sei langfristig betrachtet wirtschaftlicher und nachhaltiger, gleich angemessene Mittel für eine fachgerechte Planung und Ausführung bereitzustellen und dadurch die Kosten für spätere Mängelbeseitigung einzusparen – so seine Erfahrung.

Baustein AB geschaffen

Es muss im Interesse der Städte und Kommunen liegen, dass Abwasserleitungen und Abwasserkanäle von erfahrenen und zuverlässigen Fachleuten geplant, gebaut oder saniert werden. Unter anderem hat der Ausschreibende dafür zu sorgen, dass geeignete Bauverfahren nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik eingesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund wurde auf Initiative der Mitglieder der Gütegemeinschaft Kanalbau mit „Ausschreibung und Bauüberwachung“ ein zusätzlicher Baustein zur Qualitätssicherung geschaffen und Anforderungen für Ingenieurleistung im Bereich Ausschreibung (A) und Bauüberwachung (B) im offenen Kanalbau (AK), bei grabenlosem Einbau (V) und der grabenlosen Sanierung (S) von Abwasserleitungen und -kanälen als Beurteilungskriterien ABAB, ABV und ABS in die Güte- und Prüfbestimmungen aufgenommen.

Wettbewerb qualifizierter Fachbüros

Ein Schritt in die richtige Richtung, findet Dirk Noack, der die Erweiterung der Gütesicherung auf den Bereich der Ausschreibung und Bauüberwachung sehr begrüßt. Das renommierte Kieler Ingenieurbüro, das in seiner heutigen Form seit

2006 besteht, hat schon früh ein Qualitätsmanagementsystem eingeführt. Bis zur Beantragung des ersten Gütezeichens war es dann nur ein kurzer und folgerichtiger Schritt: Seit 2010 führt IPP das Gütezeichen ABS; 2012 kam das Gütezeichen ABAB hinzu, und zurzeit läuft der Antrag auf das Gütezeichen ABV.

„Wir betrachten Qualität und Qualifikation als wesentliche Kriterien, die bei der Auftragsvergabe zunehmend eine wichtige Rolle spielen“, so Noack. Zumindest in größeren Kommunen sei das so, so die Erfahrungen des Planers. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, dass Auftraggeber gezielt Ingenieurbüros beauftragen, die ihre Qualifikation nachgewiesen haben, und zwar explizit in Bezug auf Kanalbauprojekte in offener Bauweise (ABAB), im Vortrieb (ABV) oder in Bezug auf Projekte der Kanalsanierung (ABS).

Neutraler Qualifikationsnachweis

Das bestätigt Dipl.-Ing. Dirk Stoffers, ein vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft Kanalbau beauftragter Prüflingenieur: „Vor Vergabe von Leistungen bei Ausschreibung und Bauüberwachung prüfen immer mehr Auftraggeber, ob die entsprechenden Organisationen die erforderlichen Eignungskriterien erfüllen.“

Mit der Verleihung des Gütezeichens Kanalbau der Beurteilungskriterien ABAB, ABV und ABS verfügt eine Organisation über einen Nachweis von neutraler und anerkannter Seite. „Entsprechend den Anforderungen der Güte- und Prüfbestimmungen der Gütegemeinschaft Kanalbau beauftragter Prüflingenieur dem Antragsteller die Erfüllung der Eignungskriterien regelmäßig einmal pro Jahr“, so Stoffers.

Besondere Erfahrungen der Organisation bzw. des eingesetzten Personals werden durch Belege über entsprechende Tätigkeiten nachgewiesen. Zudem erfolgen schriftliche Referenzanfragen an Auftraggeber mit Bestätigung der Ausschreibungs- und Bauüberwachungsleistung. Entsprechend qualifizierte Organisationen betreiben aktiv ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem zur Fehlerminimierung.

Die Qualifikation und Zuverlässigkeit des eingesetzten Personals wird durch personengebundene Qualifikationen (zum Beispiel Zertifizierte Kanalsanierungsberater) bzw. durch Vorlage entsprechender Referenzen nachgewiesen. Regelmäßige Schulungen zur Aufrechterhaltung der Qualifikation gehören ebenso zum



Dienstleistung im Rahmen der Gütesicherung Kanalbau: Stichprobenartige Kontrolle der Eigenüberwachung und Beratung durch den vom Güteausschuss beauftragten Prüflingenieur. Foto: Güteschutz Kanalbau

Profil der Gütezeicheninhaber.

Unterstützung der Gütegemeinschaft

Darüber hinaus dokumentieren Gütezeicheninhaber ihre Eigenüberwachung. Dabei erhalten sie Unterstützung der Gütegemeinschaft in Form von Checklisten, die dazu beitragen, dass die wesentlichen Kriterien und Randbedingungen bei der Ausschreibung und Bauüberwachung systematisch berücksichtigt werden. Bei der Eigenüberwachung handelt es sich um eine interne Dokumentation durch Mitarbeiter des Unternehmens, die die Übermittlung von Sollwerten auf die Baustelle sowie die Dokumentation der Istwerte vereinfacht. Eine Hilfe zur Dokumentation der Eigenüberwachung stellen die Leitfäden dar. Sie existieren für unterschiedliche Ausführungsbereiche sowohl in der Bauausführung als auch für Ausschreibung und Bauüberwachung.

Vielfältiger Nutzen

Für Dirk Noack ist ein Instrument wie die Leitfäden ein wichtiges Baustein des Gesamtpaketes Gütesicherung Kanalbau, von dem die Gütezeicheninhaber und ihre Mitarbeiter in vielfältiger Weise profitieren. Als weitere Beispiele aus dem vielfältigen Angebot der Gütegemeinschaft Kanalbau nennt er Veranstaltungen wie die Erfahrungsaustausche, auf denen Auftraggeber und Auftragnehmer Erfahrungen zur fachgerechten Bauausführung und Fehlervermeidung austauschen, oder die Auftraggeber-Fachgespräche, eine Veranstaltungsreihe für Auftraggeber und Ingenieur-Büros, die sich schwerpunktmäßig mit Neuerungen und Entwicklungen zur Gütesicherung, technischen Neuerungen im Regelwerk, Qualitätssi-

cherung der Ausführung, Leitfäden zur Eigenüberwachung und Erfahrungen und Hinweisen zur fachgerechten Bauausführung beschäftigen. Hinzu kommen die Schulungen, an denen die Mitarbeiter der Gütezeicheninhaber entsprechend den Güte- und Prüfbestimmungen teilnehmen, um ihre Qualifikation aufrechtzuerhalten. Hier werden insbesondere die Anforderungen der DIN EN-, DIN- und DWA-Regelwerke zur fachgerechten Ausführung vermittelt. An Erfahrungsaustauschen und Auftraggeber-Fachgesprächen nehmen Noack und seine Kollegen immer wieder gerne teil, und „die bei IPP durchgeführten Inhouse-Seminare tragen dazu bei, dass die Mitarbeiter auf dem aktuellen Kenntnisstand der allgemein anerkannten Regeln der Technik sind“, ist Noack überzeugt.

Regelmäßiger Kontakt

Auch die regelmäßigen Kontakte mit Prüflingenieur Stoffers sind für Noack mehr als nur der Ausdruck einer guten Partnerschaft. Er sieht den Prüflingenieur als neutrale Instanz, die bei der Sichtung von Unterlagen wie zum Beispiel den Leistungsverzeichnissen von Projektierungen bei offenem Kanalbau oder Sanierung schon mal die ein oder andere Ungeheimtheit in Bezug auf Plausibilität oder Aktualität der zitierten Regelwerke festgestellt hat. Und davon profitieren alle – darin sind sich Noack und Stoffers ebenso einig wie in einem anderen Punkt: Qualität ist kein Schalter, den man einfach umlegt, sondern etwas, was langsam erarbeitet werden und von den beteiligten Personen gelebt werden muss.

In diesem Sinne lautet das Fazit mit Blick auf das dritte beantragte Gütezeichen aus der AB-Gruppe: Wir sind auf dem richtigen Weg. □

27. Lindauer Seminar:

Praxis und Zukunft der Entwässerung

Das Lindauer Seminar stand heuer unter dem Motto „Praktische Kanalisations- und zukunftsbezogene Vorträge sowie eine begleitende Fachausstellung erwarteten die Teilnehmer.“

Rund 500 Gäste und über 60 ausstellende Fachfirmen nahmen an dem branchenspezifischen Fachseminar teil. Unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Max Dohmann (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Forschungsinstituts für Wasser- und Abfallwirtschaft an der RWTH Aachen) und Univ.-Prof. Dr.-Ing. F. Wolfgang Günthert (Vorsitzender des DWA-Landesverbands Bayern) stellten fachkundige Referenten die aktuellen Themen der Siedlungs- und Grundstücksentwässerung sowie die technischen Trends, Verfahren und Lösungen vor.

Entscheidende Fragen

Wie kann Nachhaltigkeit bei einem reduzierten Budget erzielt werden? Wie soll eine ganzheitliche Vorgehensweise organisiert und bürgerfreundlich kommuniziert werden? Wie sieht die Zukunft der Untersuchungs-, Kontroll- und auch der Sanierungsmaßnahmen aus? Diese entscheidenden Punkte lieferten umfangreichen Gesprächsstoff.

Kanal- und Abwassertechnik stehen in engem Zusammenhang mit der Gesundheit der

Bevölkerung. Die guten Hygienestandards tragen zu der heutigen hohen Lebenserwartung bei. Dass dies im Mittelalter freilich nicht der Fall war, beschrieb Lindaus Oberbürgermeister Gerhard Ecker wie folgt: „Das Abwasser wurde einfach auf die Straße gekippt und über sogenannte Ehrgräben entsorgt.“ Diese Gräben seien auch heute noch als kleine schmale Gassen zu sehen. Deren Säuberung sei die Aufgabe des Scharfrichters gewesen; so habe dieser seinen kärglichen Lohn aufbessern können.

Produktinnovationen

Nach diesem Rückblick in die Vergangenheit bot sich im Rahmen einer begleitenden Fachausstellung die Möglichkeit, sich im direkten Gespräch mit den Fachleuten über Produktinnovationen und neue Entwicklungen zu informieren. Im Anschluss an die zweitägige Fachtagung gab es auf dem Betriebsgelände der JT-Elektronik GmbH einen Tag der offenen Tür, bei dem Lösungen zur nachvollziehbaren Inspektion und die perfekte elektronische Lagevermessung von Leitungsverläufen gezeigt wurden. DK

3 Millionen Euro für Hochwasserschutz Bidingen

Schutz vor hundertjährigem Hochwasser

Der Freistaat baut den Hochwasserschutz in allen Regionen Bayerns zusammen mit den Kommunen weiter aus. Das betonte der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber beim Spatenstich zum zweiten Rückhaltebecken Englmaiersee. „Der Schutz von Menschen hat oberste Priorität. Die Bürgerinnen und Bürger von Bidingen sollen in Zukunft vor einem hundertjährigem Hochwasser geschützt werden. Rund 40 Häuser und über 120 Bürger profitieren von den nun beginnenden Baumaßnahmen“, so Huber.

Im Rahmen der Bauarbeiten wird ein rund 40 Meter breiter und 80 Meter langer Damm gebaut. Das Rückhaltebecken hat ein Fassungsvermögen von rund 250.000 Kubikmeter. Im Falle eines Hochwassers kann eine Fläche von 30 Hektar – rund 43 Fußballfelder – geflutet und so für den Rückhalt genutzt werden. Die Gesamtkosten belaufen sich auf rund 3 Millionen Euro, der Freistaat fördert die Baumaßnahme mit rund 2 Millionen Euro.

Das Rückhaltebecken ist das zweite Rückhaltebecken für die Gemeinde Bidingen, und das neun-

te von insgesamt zehn Becken entlang der Flüsse Gennach und Hühnerbach. Alle zehn Becken zusammen werden ein Rückhaltevolumen von über 1,5 Millionen Kubikmetern haben – das entspricht fast 100 Fußballfelder, die zwei Meter unter Wasser stehen. Unter dem Eindruck der Hochwasserereignisse von 1999 und 2005 hat der Zweckverband „Hochwasserschutz Gennach-Hühnerbach“ unter Beteiligung von elf Kommunen ein interkommunales Hochwasserschutzkonzept erarbeitet.

Das Hochwasserrückhaltebecken Englmaiersee ist ein Baustein

zur Umsetzung der bayerischen Hochwasserstrategie. Nach dem Pfingsthochwasser 1999 wurden im Rahmen des bayerischen Hochwasserschutzaktionsprogramms bereits rund 1,8 Milliarden Euro in technischen Hochwasserschutz, natürlichen Rückhalt und Hochwasservorsorge investiert. Bis zum Jahr 2020 stehen für Hochwasserschutzmaßnahmen im Freistaat weitere 1,8 Milliarden Euro zur Verfügung.

Kommunale Hochwasserrückhaltebecken können einen wichtigen Beitrag zum lokalen Hochwasserschutz leisten. Seit 2001 wurden rund 130 kommunale Vorhaben abgeschlossen oder befinden sich im Bau. Die abgeschlossenen Projekte wurden vom Freistaat bereits mit 42 Millionen Euro gefördert, für die im Bau oder in der Planung befindlichen Projekte stehen weitere 16 Millionen Euro zur Verfügung. □

Qualität fordern – Werte schaffen

neutral – fair – zuverlässig

Gütesicherung Kanalbau steht für eine objektive Bewertung nach einheitlichem Maßstab

Ihr Partner bei der Bewertung der

- Fachkunde
- technischen Leistungsfähigkeit
- technischen Zuverlässigkeit der ausführenden Unternehmen

Gütesicherung Kanalbau RAL-GZ 961 www.kanalbau.com

EMM-Jahreskonferenz in Neuburg an der Donau:

Klimaschutz und Energiewende

Über 250 Mitglieder und Partner des Europäische Metropolregion München (EMM) e.V. kamen vor kurzem zur jährlichen Metropolkonferenz des Vereins zusammen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, deren gemeinsamer Gastgeber in diesem Jahr die AUDI AG, der Landkreis Neuburg-Schrobenhausen und die Stadt Neuburg an der Donau waren, standen Aufgaben, Möglichkeiten und Chancen rund um die Themen Klimaschutz und Energiewende.

„Nur regionale Klimaschutzkonzepte reichen nicht, es braucht deutlich mehr“, unterstrich eingangs Dieter Reiter, Münchner Oberbürgermeister und Vorstandsvorsitzender des EMM e.V. Konkret forderte er Konzepte in der Siedlungsentwicklung, der Mobilität und dem Öffentlichen Personennahverkehr. Um hier voran zu kommen, müsse die gesamte Metropolregion als ein gemeinsamer Raum begriffen werden. In das gleiche Horn stießen die Gastgeber der Veranstaltung, Dr. Bernhard Gmehling, Oberbürgermeister der Stadt Neuburg an der Donau, und Roland Weigert, Landrat des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen, die die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit im EMM e.V. herausstellten.

Impuls

Hochrangige Experten befassten sich in Fachvorträgen und Diskussionen mit der Beantwortung der Frage „Energiewende mit lokalen Klimaschutzkonzepten. Reicht das?“.

Den thematischen Impuls gab Max Schön, Vorstand der Stiftung 2° und Präsident des Club of Rome Deutschland. Ziel der Initiative Stiftung 2° ist es, die Politik bei ihren Bemühungen um den Klimaschutz zu unterstützen. Benannt ist die Initiative nach ihrem wichtigsten Ziel: Die durchschnittlich globale Erderwärmung auf maximal 2 Grad zu beschränken. Dies würde in Deutschland jährlich ganze 219 Euro pro Bürger kosten, rechnete Schön vor. Genau genommen ist dies der Preis, um den durchschnittlichen CO2-Jahresverbrauch eines jeden Deutschen von 9,5 Tonnen zu kompensieren.

Erfolgreiches städtisches Pilotprojekt

Prof. Richard Kutenreich, Technischer Werkleiter (Stadtwerke Neuburg), wies in seinem Beitrag darauf hin, dass sich die Stadt Neuburg an der Donau ebenso wie der Landkreis Neuburg-Schrobenhausen das Thema „Klimaschutz“ seit vielen Jahren auf die Fahnen geschrieben habe. Dieses Engagement münde nun in einem erfolgreichen Pilotprojekt, dem „Abwärme-/Nahwärmeprojekt Neuburg“.

Abwärmenutzung

Kern des Vorhabens sei die Nutzung der industriellen Abwärme von Neuburger Industriebetrieben, die potentiell rund 35 Prozent des Gesamtwärmebedarfs im Stadtgebiet abdecken könnte. Heute bereits fertig gestellt sei ein erstes großes Teilprojekt: Von der Abwärme eines Glasherstellers würden ein großes Mälzereiunternehmen sowie Audi Neuburg mit Energie versorgt, bis Ende 2014 komme noch die Bundeswehrkaserne dazu.

Laut OB Gmehling ist das Fernwärmeprojekt auf großes Interesse gestoßen. Grundsätzlich müssten vor Ort die individuellen Bedingungen stimmen, damit ein derartiges Projekt rentabel ist. Bürokratische Hürden seien abzubauen, damit die En-

ergiewende auch im Kleinen funktioniert.

Prof. Wolfgang Seiler, einer der profiliertesten Klimaforscher Deutschlands und heute Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung Energiewende Oberland, bezeichnete die Energiewende zunächst als die größte Herausforderung dieses Jahr-

hunderts. Maßnahmen zu ihrer Umsetzung müssten auf kommunaler Ebene erfolgen und erforderten neue ganzheitliche Ansätze und Förderstrukturen.

Interkommunale Kooperation

Die einzelnen Gemeinden müssten in die Lage versetzt werden, mit dieser besonderen Herausforderung fertig zu werden (Anschubfinanzierung/Finanzierungskonzepte). Eine interkommunale Kooperation und Vernetzung sei aufgrund des Umfangs der Herausforderung durch die Energiewende dringend erforderlich. Die Energiewende biete aber auch riesige Chancen, erhöhe Wertschöpfung, schaffe neue Arbeitsplätze und sichere die Zukunftsfähigkeit. Es gelte, diese Chancen zu erkennen, aufzugreifen und konsequent umzusetzen, so Seiler abschließend. **DK**



Auf dem Weg zur jährlichen Aktion „Radeln mit dem Landrat“ schaute Hubert Hafner beim Bezirksvorstand der KPV Schwaben vorbei, stellte seinen Landkreis vor und berichtete über aktuelle kommunale Anliegen. Von links OB Stefan Bosse, Landrat Hubert Hafner, MdL Klaus Holetschek und KPV-Kreisvorsitzender Mathias Kiermasz, Erster Bürgermeister der Gemeinde Kammeltal. **Bild: hj**

KPV Schwaben:

Bezirksvorstand im Landkreis Günzburg

Mitten in Schwaben, zentral im Landkreis Günzburg und geografisch in der Mitte der Gemeinde Kammeltal tagte erstmals der Bezirksvorstand der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV). Landrat Hubert Hafner hieß in seinem Grußwort im historischen Gasthaus Schweimeier (aus dem 14. Jahrhundert) u.a. den Bezirksvorsitzenden Stefan Bosse, Oberbürgermeister in Kaufbeuren, aber auch seinen Vorgänger als Sprecher der schwäbischen Landräte Gebhard Kaiser aus dem Oberallgäu sowie Bürgermeister, Kreis- und Gemeinderäte aus ganz Schwaben willkommen.

Dem ebenfalls anwesenden Landtagsabgeordneten Klaus Holetschek aus Memmingen gab Hafner eine Reihe von Anliegen aus der Problematik der den Landkreisen vom Freistaat zugeleiteten Asylanten mit. Entgegen allen Beteuerungen würden keinesfalls alle anfallenden Kosten vom Freistaat erstattet. Beispielhaft nannte er die Beratungskosten sowie das Finden und Bestellen von Vormündern bei unbegleitete ankommenden jugendlichen Asylbewerbern.

Konversion

Die Tagungsteilnehmer interessierten sich aber auch, wie der Landkreis mit der Konversion des ehemaligen Fliegerhorstes Leipheim umgeht. Dem großen Interesse von Logistikunternehmen würde laut Hafner der zur Verwertung des Geländes gebildete „Zweckverband interkommunales Gewerbegebiet“ nicht nachkommen. Die Verkehrsbelastung dürfe für die angrenzenden Gemeinden nicht unerträglich werden.

In Vertretung des verhinderten örtlichen Landtagsabgeordneten Dr. Hans Reichhart berichtete MdL Klaus Holetschek über aktuelle kommunalpolitische Themen aus dem Landtag. Der ehemalige Bürgermeister der Kneippstadt Bad Wörishofen und bisherige stv.

Landrat im Unterallgäu gestand, dass es im Landtag andere Entscheidungswege gebe als in der Kommunalpolitik. Auch wären wir bei der Asylpolitik auf die bereits eingesetzten weltweiten Wanderungsbewegungen noch nicht richtig vorbereitet. Ein großes Anliegen der CSU-Kommunalpolitiker war, das Beschäftigungsverbot für Asylbewerber abzuschaffen. Holetschek sah auch ein großes Problem in der ärztlichen Versorgung auf dem Lande. Diskussionsthemen waren neben der Maut auf Landstraßen insbesondere im grenznahen Bereich das erstellte Gutachten zur Änderung des Finanzausgleichgesetzes (FAG), das Abschaffen von Stichwahlen, die „Schwarzen Listen“ der mit ihren Finanzen „spekulierenden“ Kommunen sowie die Abstandsregelungen bei Windkraftträdern, die neuen Stromtrassen und die Energiewende generell.

Engagierte Diskussion

An KPV-Kreisvorsitzenden Mathias Kiermasz lag es, sich bei den Gästen für den Besuch in seiner Gemeinde Kammeltal und die engagierte Diskussion zu bedanken. Er wäre nun gerade 100 Tage im Amt, kannte aber die ihm bevorstehenden Aufgaben durch die vorangegangene Tätigkeit als Kämmerer der Flächen-gemeinde bestens. **hj**

Erfolgreiche Stärkung der Region

Bilanzpressekonferenz der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

Dillingen. Mit großer Anerkennung würdigte Landrat Leo Schrell, als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen in der Bilanzpressekonferenz des Geldinstituts die hervorragende Förderung der Zukunftsentwicklung des Landkreises. Seinen Dank richtete Schrell an den Vorstandsvorsitzenden Thomas Schwarzbauer und die rund 370 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im Blick auf nachweisbare Erfolge einer Geschäftspolitik mit zuverlässiger Partnerschaft mit Landkreisen, Städten, Gemeinden und heimischer Wirtschaft. Schwarzbauer betonte: „Wir sind eine Bank aus der Region für die Region“.

Verbunden war der Bericht von Direktor Schwarzbauer mit der Grundsatzklärung: „Wir sind mehr als eine erfolgreiche Bank“, dem positiven Jahresergebnis 2013 und Perspektiven 2014. Herausgestellt wurde die Ausrichtung auf den „Erfolg im Dienst am Menschen ... Wir machen unsere Kunden erfolgreich und entwickeln unsere Mitarbeiter zu starken Persönlichkeiten“.

Das Geschäftsergebnis 2013 bezeichnete Schwarzbauer insgesamt als „sehr zufriedenstellend“. Den Vermögensaufbau, die Vermögenssicherung, die Finanzierung für Investitionen für Unternehmen, Kommunen und Privatkunden wurde weiter ausgebaut. In einem immer stärker werdenden Wettbewerb habe sich die Kreis- und Stadtparkasse weiter positiv fortentwickelt.

Qualität hat Vorrang

Mit Genugtuung präsentierte Vorstandsvorsitzender Schwarzbauer die Geschäftsentwicklung 2013. Da Bilanzvolumen steigerte sich auf 1.3275 Milliarden Euro (mit Abbau von Interbankengeschäften und Ausbau von Kundengeschäften). Der Bilanzgewinn wuchs auf 1.075 Milliarden Euro, ein Plus von 4,6 Prozent. Hervorgehoben wurden besondere Beachtung von Leistungsstärke hinsichtlich Qualität, Beratung und vielfältiger Service.

Bayernweit Spitze war die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen mit nicht weniger als 13.000 qualifizierten und individuellen Beratungen für Privatkunden, im Bereich Immobilien, Vermögen, Versicherungen und Geschäftskunden. Zur Verfügung stehen hier rund 100 kompetente Berater.

Starke Beachtung fanden u. a. auch die 885 Millionen Euro bei Einlagen von Kunden und 425 Millionen Euro bei Vermögensanlagen ohne Immobilien (insgesamt 1.310 Millionen bei Geldvermögensbildung). Rang 2 im Vergleich der bayerischen Sparkassen eroberte die Sparkasse Dillingen im Auslandsgeschäft (Akkreditiv und Inkasso). Unterstützt wurden Investitionen in Sachwerten mit dem Schwerpunkt eigengenutzte Immobilien mit insgesamt 761 neuen Finanzierungsverträgen.

Ein Dankeschön an die Kunden der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen gab es zum 180. Jubiläum, dem „Sparkassenkapitelbrief“. Die Verzinsung beträgt zwischen 2,00 und 2,6 Prozent, bei einer Laufzeit von 7 bis 10 Jahren.

Attraktiver Ausbilder und Arbeitgeber

Hingewiesen wurde von Direktor Schwarzbauer und Landrat Schrell auf die hervorragende Stellung der Sparkasse als attraktiver Arbeitgeber auch für 43 Auszubildende, einen der größten Ausbilder im Landkreis. Geboten wurde eine hochgelobte Fort- und Ausbildungskultur. Allein in den letzten fünf Jahren wurden an 8.500 Fortbildungstagen 1.500.00 Euro investiert. Schwarzbauer ist mit Recht stolz auf die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen: „Wir investieren rund 40 Prozent mehr als die bayerischen Sparkassen in die Fortbildung unserer Mitarbeiter“.

Als ein „Ereignis für Stadt und Landkreis“ wurde die über die Region hinaus bedeutsame Einweihung der hochmodernen und als ein Modellprojekt gefeierte

neue Sparkassenhauptstelle im Zentrum der Großen Kreisstadt begangen. Höchste Würdigung fand die „Sparkassenstiftung“, die 2013 250.000 Euro für ehrenamtliche Einsätze investierte.

Landrat Schrell und Vorstandsvorsitzender Schwarzbauer stimmten überein in dem optimistischen Ausblick von Landkreis und Sparkasse. Dabei rühmte Schrell bei der Bilanzpressekonferenz wie auch im neuen „Finanz-Magazin“ der Sparkasse den starken Wirtschaftsraum des Landkreises mit Lebensqualität von hohem Rang. Dies sei im „Fokus-Ranking“ mit Platz 14 für den Kreis Dillingen unter 402 Kreisen und kreisfreien Städten aus ganz Deutschland bestätigt worden. München kam auf Platz 89. Der Kreis- und Stadtparkasse galt ein „3-Sterne-Sonderlob“.

Große Beachtung fand die Regionaldirektorin der LBS für Schwaben, Sybille Knecht, mit ihren Informationen über aktuelle Entwicklungen im Immobilienmarkt. **-jdt-**

Bayerische GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Robmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Theresa Flotzinger (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende
schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags
und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:
Sparkasse Dillingen
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20
VR Bank
Kaufbeuren-Ostallgäu eG
Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Zahlreiche positive Signale gab es bei der Bilanzpressekonferenz der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen (von links): Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer, Sybille Knecht, LBS, Landrat Leo Schrell und Vorstandsmitglied Josef Holzmann. **Bild: -jdt-**

Oberbayern senkt Bezirksumlage

Der Bezirk Oberbayern kann die Bezirksumlage voraussichtlich zum dritten Mal in Folge senken. Diese erfreuliche Meldung überbrachte Bezirksstagspräsident Josef Mederer den oberbayerischen Landräten und Bürgermeistern der kreisfreien Städte.

Nach dem derzeitigen Stand rechnet die Bezirksverwaltung für das Haushaltsjahr 2015 mit einer Umlagehöhe von 19,5 Prozentpunkten. Das sind zwei Punkte weniger als in diesem Jahr. Die Umlage erhebt der Bezirk Oberbayern von den 20 oberbayerischen Landkreisen und den Städten München, Ingolstadt und Rosenheim zur Finanzierung seiner Aufgaben. Ursache für die positive Entwicklung ist, dass die der Umlage 2015 zugrunde liegende Umlagekraft 2013 erneut gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist, und zwar um erfreuliche 9,2 Prozent. Bezirksstagspräsident Mederer nannte es „selbstverständlich, dass wir diese erfreulichen Zahlen an die Umlagezahler weitergeben.“ Obwohl die Umlageprognose mit den Fraktionsvorsitzenden abgestimmt ist, obliegt die endgültige Beschlussfassung natürlich dem Bezirkstag in seiner Haushaltssitzung im Dezember. **□**

Hohe Auszeichnung für Dillinger Oberbürgermeister:

„Tapferer Burggraf Frank“ geadelt

Mittelalterfest zum 750. Stadt-Jubiläum / Aus Augsburg im Jahr 1537 vertrieben

Dillingen(jdt). Glanzvoll und vielseitig eindrucksstark wiedererweckt wurden frühere Jahrhunderte beim großen „Mittelalter-Fest“ zum 750. Jubiläum der Stadterneuerung von Dillingen. An zwei Wochenenden feierten die Dillinger mit Tausenden aus nah und fern ihre in Bayern einzigartige große Geschichte als Grafensitz, zweite Residenz der Augsburger Bischöfe, „Schwäbisches Rom“, Sitz einer berühmten Jesuiten-Universität, Stätte der Gelehrsamkeit, „Stadt der Caritas“ und blühende Geburtsstätte der Dillinger Franziskanerinnen.

Der Dillinger Oberbürgermeister Frank Kunz hat in der Einladung zum Festjahr 2014 „Geschichte gemeinsam feiern“ hervorgehoben, dass die älteste erhaltene Urkunde über die Erneuerung Dillingens als „citas“, als Stadt aus dem Jahr 1264 stammt.

des Dillinger Künstlers Lothar Schätzl (1914 bis 2006), mit der Darstellung des mittelalterlichen Teils der Stadtgeschichte. Die beherrschende Gestalt ist Graf Hartmann IV. von Dillingen. Er übergab am Ende seines Lebens die Burg zu Dillingen an seinen

Hupaldinger (der späteren Grafen von Dillingen) begann in einer Zeit der großen Krisen der Katholischen Kirche und der Reformation der Aufstieg Dillingens. In Augsburg hatte der Rat der Stadt 1534 ein Verbot jeder katholischen Predigt verfügt. Am 17. Januar 1557 folgte der Beschluss, die gesamte Geistlichkeit solle den neuen Glauben annehmen oder die Stadt verlassen. Die Regierung des Hochstiftes und das Domkapitel gingen daraufhin in das Exil nach Dillingen, wo der Bischof ohnehin schon seine Hauptresidenz hatte.

Katholische Gegenoffensive

Bezeichnend für den besonderen Rang Dillingens war, dass Kardinal Otto Truchseß von Waldburg, der von 1543 bis 1575 regierte, an Herzog Albrecht V. von Bayern schrieb: „Wiß Euer Liebden, dass ich auf Erdrich an keinen Ort lieber sein wollt als Dillingen“. Die Jesuiten-Universität galt auch in Rom als die „Zitadelle der katholischen Gegenoffensive im Reich und über Europa hinaus als Musterschule des Ordens.“

Grafenfamilie

Beim 750. Jubiläum der Stadterhebung Dillingens wurde auch mit einem Mittelalter-Markt ganz vielfältig gefeiert, mit farbenprächtiger Gewandung, altem Handwerk, Rittersleuten, der „Dillinger Grafenfamilie“, Zaubern, Puppenspielen, Stelzenläufern, historischen Bürgervereinen, Fahnschwingern und historischer Kavallerie.

Ein Höhepunkt war der Ritter-schlag für den Dillinger Oberbürgermeister Frank Kunz mit dem Titel „Frank, der Tapfere Burggraf vom Castellum Dillinga“. Das feierliche Zeremoniell vollzog der Oberitter Rainer Ehrenpfat mit einem Langschwert auf die Schultern. Mit ihrem Ehemann geehrt wurde auch die Gattin des Oberbürgermeisters als „Desiree Burgräfin vom Castellum Dillinga“.

Festmesse mit Losinger

An die große kirchliche Bedeutung des „Schwäbischen Rom“ weit über die Diözese Augsburg hinaus wird erinnert während eines Pontifikalgottesdienstes am Sonntag, 19. Oktober, 10 Uhr, in der Basilika St. Peter Dillingen mit Weihbischof Anton Losinger.

„Wiener Sängerknaben“ kommen

Einen glanzvollen Abschluss des Festjahres 2014 gibt es am Montag, 15. Dezember, 20 Uhr, mit einem Konzert der weltberühmten „Wiener Sängerknaben“ im Stadtsaal am Kolpingplatz.

sion die Frage: Warum sind Hochschulen gut für die Stadt? Das Panel 5 „hochschulePlusWirtschaft“ beleuchtete in Impulsvorträgen und Praxisberichten den Wirtschaftsfaktor Hochschule. Wie funktioniert und was bewirkt der Austausch von privater Wirtschaft mit öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen?

Ergänzend hatten die Besucher während des Wissenschaftstages die Gelegenheit, an Informationsständen mehr über die Hochschulen und ausgewählte Forschungseinrichtungen der Metropolregion sowie die Sponsoren zu erfahren. **DK**



Das Mittelalter-Fest zum 750. Jubiläum der Stadterhebung von Dillingen wurde an zwei Wochenenden groß gefeiert. Höhepunkt war im Schlosshof das Gastspiel der Frankfurter Sinfoniker vor prächtiger Kulisse. Oberbürgermeister Frank Kunz und Kulturring-Vorsitzender Werner Bosch konnten über 900 Zuhörer begrüßen. Text und Bild: -jdt-

Die erste urkundliche Erwähnung ist schon 973 dokumentiert. Zum Jubiläumsjahr hat die Große Kreisstadt Dillingen eine wertvolle Jahreskarte herausgebracht. Sie zeigt als Motiv den ersten Teil des Dillinger Triptychons, ein Werk

Sohn, den Augsburger Bischof Hartmann V. Graf von Dillingen. Damit verbunden war der Übergang von der adeligen zur geistlichen Herrschaft. In der Heimat des Augsburger Diözesenpatrons St. Ulrich aus dem Geschlecht der

Wissenschaftstag der Metropolregion Nürnberg:

Vom Mehrwert der Hochschulen für Regionen

Die Bedeutung von Hochschulen für die Bildung, die Kommunen, Kultur und Künste, die Gesellschaft und die Wirtschaft stand im Mittelpunkt des 8. Wissenschaftstags der Europäischen Metropolregion Nürnberg an der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm. Über 900 Gäste trafen sich hierzu zum Gedankenaustausch.

Wie Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly in seiner Begrüßung erklärte, unterstützte die Stadt Nürnberg den Wissenschaftstag und rechte mit zahlreichen Impulsen durch die Vorträge und Workshops. Gute Netzwerke von Hochschulen, Unternehmen und Kommunen versetzen die Region in die Lage, komplexe Zukunftsaufgaben gemeinsam zu bewältigen.

Der stellvertretende Generaldirektor der Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission Dr. Wolfgang Burtscher („EU-Förderprogramm Horizont 2020 – Von der Forschung auf den Markt“) und Stefan Müller, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung („Innovations- und Wissenschaftspolitik 2020“) hielten im Anschluss die Leitvorträge.

Stefan Müller gab dabei einen Überblick über die Innovations- und Wissenschaftspolitik der Bundesregierung bis 2020: „Europäische und internationale Vernetzung, Innovationsorientierung und wissenschaftliche Exzellenz – das ist die Basis unserer Zukunft. Deshalb verstärkt die Bundesregierung nochmals ihre Investitionen in Bildung und Forschung“, betonte Müller. Besondere Bedeutung komme dabei den Hochschulen – auch denen in der Metropol-

region Nürnberg – zu. Für die Sicherung der globalen Wettbewerbsfähigkeit ist es nach Müllers Worten unverzichtbar, dass die klügsten Köpfe und die besten Leistungszentren sich vernetzen.

Unter dem Motto „hochschulePLUS“ wurden in fünf Panels der Mehrwert von Hochschulen für eine Region und die vielfältigen Wechselwirkungen mit unterschiedlichen Akteuren beleuchtet. Panel 1 „hochschule PlusBildung“ beschäftigte sich mit der Metropolregion als Bildungslandschaft. Es ging um die Herausforderungen, vor denen die Metropolregion steht, aber auch um die Möglichkeiten der Gestaltung und Stärkung der Bildungslandschaft.

Spannende Projekte

Das Panel 2 „hochschulePlusGesellschaft“ präsentierte fünf spannende Projekte, in denen Hochschulen als Lotsen im gesellschaftlichen Wandel fungieren. Das Panel 3 „hochschulePlusKultur und Künste“ ging der Frage nach, inwieweit Hochschulen als Kreativlabor funktionieren. Das Panel versammelte Kooperationspartner und kritische Begleiter der Hochschulen.

Panel 4 „hochschulePlusStadt“ sprach in einer Podiumsdiskus-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Wisst ihr eigentlich, dass 14 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung Sabrinas Kolumne nicht lesen können, weil sie funktionelle Analphabeten sind? Die wissen ja gar nicht, was sie verpassen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, las gerade die neuesten Statistiken, wonach 7,5 Millionen Deutsche zwischen 18 und 64 Jahren nicht in der Lage sind, selbst einfachste Sätze zu lesen oder etwas mehr als ihren Namen zu schreiben.



es gemeinhin in Entwicklungsländern oder in Kulturen, in denen Bildung insgesamt keinen hohen Stellenwert hat. Aber bei uns, in einem Land, dessen einziger Rohstoff, die Bildung der Menschen ist? Da nicht sein kann, was nicht sein darf, wurde über viele Jahre hinweg das öffentliche Auge sehr fest vor dem Problem verschlossen. Vor nicht allzu langer Zeit hat sich das geändert und es wurde eine Aufklärungskampagne gestartet, die Analphabeten ermuntern sollte, sich ihrer Situation bewusst zu werden und etwas dagegen zu tun.

Als Mensch, der praktisch den ganzen lieben langen Tag liest oder schreibt, Gelesenes interpretieren, zusammenfassen oder sonst wie bearbeiten muss, war ich wie vor den Kopf gestossen, dass es möglich sein soll, einen Alltag zu bewältigen, ohne ordentlich lesen oder schreiben zu können. Der Chef hat mich dann aufgeklärt, mit welchen Tricks Leute arbeiten um zu verschleiern, dass sie Analphabeten sind. Da bindet man

Allerdings wird man sich in Zukunft wohl etwas mehr einfallen lassen müssen, um das Problem zu lösen. Denn aufgrund der von den Betroffenen natürlich auch selbst gefühlten sozialen Stigmatisierung durch ihr Defizit, muss so etwas wie eine Schamgrenze überwunden werden, damit man die Leute erreicht. Zudem ist die Zielgruppe ziemlich inhomogen, es sind Zuwanderer und Einheimische darunter, Frauen und Männer haben das Problem, ebenso wie es Junge und Ältere treffen kann. Niederschwellige Angebote sind also gefragt, um die Betroffenen anzusprechen und „abzuholen“, wie man so schön sagt. Kurz: Man braucht eine differenzierte und kluge Herangehensweise sowie sehr viel Fingerspitzengefühl in der Ansprache der Problemgruppe.

Problem des Analphabetismus

sich schon mal einen Verband um das rechte Handgelenk, wenn man etwa eine Überweisung auf der Bank ausfüllen soll, es wird vorgegeben, die Brille vergessen zu haben, wenn man aufgefordert wird, etwas durchzulesen oder man verlässt sich schlicht auf seinen Partner als „Vorleser“.

Wenn man einmal scharf nachdenkt, ist es erstaunlich, wie viele Möglichkeiten es gibt, diese beiden Basiskulturtechniken, die ja schließlich in der Schule mehr oder weniger gründlich erlernt werden, buchstäblich wieder zu verlernen. Obwohl wir immer wieder hören, dass auch die intellektuellen Anforderungen in so genannten einfachen Berufen steigen, ist es in vielen Branchen immer noch möglich, einen kompletten Arbeitstag zu verbringen ohne eine Zeile lesen, geschweige denn schreiben zu müssen. Im Privaten geht's dann noch einfacher weiter: Zeitungen oder Bücher? Wozu gibt's Fernsehen? Computer? Die Spielekonsole kann man sich leicht mal erklären lassen und wozu sollen die Dinger sonst gut sein?

Das Problem des Analphabetismus bei uns ist seit langem bekannt, es ist aber nicht sehr beliebt, darüber zu diskutieren. Analphabeten gibt

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht hier einen klaren Auftrag an unsere Volkshochschule, zusammen mit dem Stadtjugendring und anderen Einrichtungen Projekte zu erarbeiten bzw. erprobte Konzepte aus anderen Städten zu übernehmen. Ganz zentral ist dabei die „Prävention“, also das Bemühen, dass junge Schulgänger ermuntert und angehalten werden, auch nach dem Ende der Schulpflicht weiter zu lesen und sich mit Sprache zu befassen, damit sie erst gar nicht in den Teufelskreis von Nichtanwenden und Verlernen hineingeraten. Hoffentlich kommen unseren Leuten da flippige Ideen, denn es gilt der Satz von Joseph Addison, den ich dem Chef schicke: „Lesen ist für den Geist, was Gymnastik für den Körper ist.“

the Sabrinal

Vortragsabend in Grafenheinfeld:

„Sich engagieren – aber wie?!“

Die Freiwilligenagentur GemeinSinn veranstaltete vor kurzem in Grafenheinfeld einen Informationsabend zum Thema „Sich engagieren aber wie?! – Ein Informationskurs für Unentschlossene und Aufgeschlossene auf der Suche nach dem passenden Ehrenamt“. Die Veranstaltung hatte zum Ziel, Bürger zu motivieren, sich einmal mit dem Thema Ehrenamt und freiwilliges Engagement auseinander zu setzen. Diese Veranstaltung findet in den kommenden Monaten an verschiedenen Orten im Landkreis statt.

Der interaktive Vortrag „Sich engagieren – aber wie?!“ bot allen Unentschlossenen und Aufgeschlossenen die Möglichkeit, sich unverbindlich zum Thema zu informieren. Neben wissenswerten Informationen rund um das Thema freiwilliges Engagement und Ehrenamt ging es vor allem um die Interessen und Möglichkeiten der Teilnehmenden. Gemeinsame Überlegungen zu den weiteren Schritten auf dem Weg zu einem passenden Engagement bildeten den Abschluss des Vortrags.

Die 2011 gegründete Freiwilligenagentur GemeinSinn ist eine Einrichtung zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Landkreis Schweinfurt. Sie wird gefördert durch den Landkreis Schweinfurt, Träger ist der BRK Kreisverband Schweinfurt. Viele Aktivitäten dieses regionalen Kompetenzzentrums beginnen als Projekt, oft auch als kleines Pilotprojekt. Aus vielen Projekten werden aufgrund ihres erfolgreichen Verlaufs „Dauerprojekte“ und damit eigentlich Aktivitäten der Freiwilligenagentur und ihrer Partner.

2012 wurde beispielsweise das Pilotprojekt Azubipatenschaften konzipiert. Darin begleiten auszubildende Peer-to-Peer einen Schüler ab der achten Klasse bzw.

meinSinn Mitglied in einem lokalen Bündnis zur Durchführung eines Projektes der bundesweiten Kampagne „Lesen macht stark, Lesen und digitale Medien“. Diese Kampagne ist Teil des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung lancierten Projektes „Kultur macht stark, Bündnisse für Bildung“. Dieses Bündnis besteht aus der Stadtbibliothek Gerolzhofen, dem Kinderhaus Gerolzhofen und der Freiwilligenagentur. Bis einschließlich 2015 werden mit Unterstützung von Ehrenamtlichen Aktionen zur Förderung der digitalen Lesekompetenz für Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren durchgeführt.

Bei den Aktionen wird gemeinsam das Bilderbuch „Pippilothek??“ Eine Bibliothek wirkt Wunder“ digital gelesen und das Thema mit Kreativtechniken bearbeitet. An einem weiteren Nachmittag lernen die Kinder vertingte Bücher kennen. Zur Auswahl stehen mehrere Bücher, die mit dem sogenannten TING-Stift eigenständig gelesen und erkundet werden können.

Bereits beendet ist dagegen ein Projekt zur Freizeitgestaltung, das unter der Trägerschaft des BRK Kreisverband Schweinfurt stand und von der Freiwilligenagentur GemeinSinn, dem Verein Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen Schweinfurt e.V. und dem Seniorenzentrum Niederwern durchgeführt wurde. Das Projekt hatte eine Laufzeit von September bis November 2013. Finanziell gefördert wurde es vom Bezirk Unterfranken. **DK**

„Das Beste für die Menschen in Bayern“

Mittelfränkischer CSU-Bezirksparteitag beschließt Thesen zur medizinischen Versorgung im ländlichen Raum

Mittelfranken / Bad Windsheim. „Gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land heißt, besonders den ländlichen Räumen eine Perspektive zu geben“, so Staatsminister Joachim Herrmann beim Bezirksparteitag der CSU-Mittelfranken. „Nur wo Wertschöpfung und Beschäftigung stattfindet, gibt es langfristig eine gute Zukunft“, um die es ihm in Mittelfranken aber nicht bange sei: „Mittelfranken ist eine herrliche Region mit großartigen Perspektiven für alle“. Wichtig sei ein insgesamt attraktives Lebensumfeld, von Infrastruktur- und Bildungseinrichtungen über Soziales bis hin zum kulturellen Angebot. Herrmanns Appell: „Lassen Sie uns gemeinsam für die bestmöglichen Chancen arbeiten, die Weichen sind richtig gestellt.“

Schon seit 2009 lädt die mittelfränkische CSU zu ihren Bezirksparteitagen alle Mitglieder und weitere Gäste ein, „weil für uns die Mitwirkungsmöglichkeiten aller enorm wichtig ist“. Das habe sich bewährt, was auch an 450 neuen Mitgliedern deutlich werde. In diesem Jahr habe man die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zum Schwerpunktthema erkoren, weil die Grundversorgung auf dem Land stärker gefährdet sei, als in großen Städten. Mehr als 250 Interessenten sind der Einladung gefolgt, darunter viele aus der Gesundheitsbranche.

Aus deren Reihen gab es eine Expertenrunde mit dem Landesvorsitzenden des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises, Dr. Christian Alex, Jürgen Winter vom Vorstand der Klinik-Kompetenz-Bayern eG, dem Vorstandsbeauftragten der Kassenärztlichen Vereinigung, Dr. Hans-Erich Singer, Landrat Dr. Jürgen Ludwig als Vorsitzender des Verwaltungsrates von ANregiomed, der Bundestagsabgeordneten Marlene Mortler auch in ihrer Eigenschaft als Drogenbeauftragte der Bundesre-

gierung, und Walter Vetter, Direktor der AOK in Mittelfranken.

Der neue Erste Bürgermeister von Bad Windsheim, Bernhard Kisch, stellte als Hausherr und Gastgeber nicht nur die allseits bekannten Attraktivitäten wie Thermen und Freilandmuseum heraus: „Als einziges Kur- und Heilbad in Mittelfranken sind wir auf den Erhalt unserer Kliniken angewiesen, sie sind für uns von existenzieller Bedeutung“.

Kostendruck abbauen

Hauptrednerin war die Bayerische Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, die sich – so Joachim Herrmann – erstmals und einmalig in Deutschland in einem eigenen Ministerium diesem wichtigen Thema annehmen könne, was dessen Bedeutung unterstreiche. Für den CSU-Bezirksvorsitzenden ist beim Gesundheitswesen die Zielvorgabe, „den Kostendruck abzubauen, dem Personalmangel zu begegnen und die haus- und fachärztliche Versorgung in ländlichen Regionen zu sichern“.



Von links: Landrat Helmut Weiß, MdL Hans Herold, Staatsministerin Melanie Huml, Erster Bürgermeister Bernhard Kisch, CSU-Ortsvorsitzender Georg Gerhäuser und Staatsminister Joachim Herrmann.

„Wichtig ist dabei“, so Melanie Huml, „dass sich junge Medizinstudierende nicht nur für die Weiterbildung zum Facharzt für Allgemeinmedizin entscheiden, sondern auch eine Tätigkeit in Gemeinden des ländlichen Raumes in Erwägung ziehen“. Dafür gebe es in Bayern ein Förderprogramm mit einem Volumen von 15,5 Millionen Euro und mit einer konkreten Starthilfe würde auch die Niederlassung von Hausärzten in kleinen Gemeinden gefördert; davon hätten allein in Mittelfranken bereits vierzehn Allgemeinmediziner profitiert.

Für den Bereich der Pflege berichtete die Staatsministerin von auf den Weg gebrachten Reformen bei der Dokumentation: „Wir wollen auch hier unnötige Bürokratie abbauen, um mehr Zeit für die eigentlichen Aufgaben zu lassen“. Den Kommunen dankte Huml ausdrücklich für die Mitfinanzierung der Krankenhäuser. Der Freistaat stelle jährlich 500 Millionen für Investitionen in Krankenhäusern zur Verfügung und trage damit auch zur Versorgung in der Fläche bei: „Wir tun etwas für die Regionen!“.

Ohne Gegenstimmen wurde nach ausführlicher Diskussion ein Thesenpapier verabschiedet, wo es abschließend heißt: „Die CSU-Mittelfranken setzt sich auf allen politischen Ebenen ein für eine hochwertige medizinische Versorgung für alle Patienten in allen Re-

gionen, wohnortnah, ambulant und stationär, menschlich und zukunftsorientiert“. Staatsministerin Huml ergänzte: „Ob Prävention, medizinische Versorgung oder Pflege, wir wollen für die Menschen in Bayern das Beste. Dabei müssen wir uns schon heute klug auf die Zukunft vorbereiten“. Über die Gratwanderung zwischen Spezialisierung und wohnortnaher Versorgung sei man sich in der mittelfränkischen CSU durchaus im Klaren.

Verkehrsinfrastruktur

In seinem allgemeinen Bericht beleuchtete Joachim Herrmann die Lage in Mittelfranken. Grundvoraussetzung für die weitere Entwicklung sei unter anderem eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, „und hier ist in den letzten Jahren viel geschehen und es wird mit wichtigen Verkehrsadern und Ortsumgehungen auch weiter vorangehen“. Und weil die Mobilität auch Geld kostet, „wollen wir demnächst allen, die unsere Strukturen nutzen, auch die Chance zur finanziellen Beteiligung bieten“, so wie dies in anderen Ländern schon seit langer Zeit üblich sei. Mit dem vorgestellten Modell einer Infrastrukturabgabe werde zudem geschickt unerwünschter Ausweichverkehr vermieden. Für Joachim Herrmann sei dabei aber auch wichtig, dass die Länder und Kommunen an den zusätzlichen

Mehr Zeit für Gespräche gewünscht

BKH Lohr: Patientenführsprecherin legt insgesamt positiven Jahresbericht vor

Menschen in einer Krisensituation brauchen besonders viel Zuwendung. Dies gilt nicht zuletzt für psychiatrische Patienten. Die Zeit, die das Personal in den Psychiatrien zur Verfügung hat, ist jedoch chronisch knapp. Dies macht auch den Patienten aus dem Lohrer Bezirkskrankenhaus (BKH) zu schaffen, so Patientenführsprecherin Margot Walter. Vor kurzem gab sie im Bezirksausschuss des unterfränkischen Bezirkstags einen Einblick in ihre Arbeit der vergangenen Monate.

Fragen, Grimm oder persönliche Anliegen äußern zu können, das ist für Psychiatriepatienten überaus wichtig. Sie möchten verstehen, warum eine bestimmte Therapie nötig ist und wann sie wohl entlassen werden. „Doch die Visiten des Arztes sind so kurz“, gab Walter eine häufige Klage der Patienten weiter. Problematisch ist auch die Überbelegung der Klinik. Dies betrifft vor allem den Wachsraum von Haus 5. Der Bezirksverwaltung ist die Problematik bekannt. „Bezirkskrankenhäuser haben eine Aufnahmepflicht“, erklärte Rainer Klingert von der Hauptverwaltung: „Wir können leider nicht sagen, dass wir eigentlich keinen Platz mehr für neue Patienten haben.“

Im Lohrer BKH wird Musiktherapie angeboten, ferner gibt es Reit-, Kunst- und Bewegungstherapie. Dieses breit gefächerte Angebot an komplementären Behandlungsformen kommt bei den Patienten außer gut an. „Sehr gut wird auch die Beschäftigungstherapie angenommen“, berichtete die Führsprecherin. Ein noch größeres Angebot an Ergotherapie wäre ein großer Wunsch der Patienten.

Einnahmen angemessen beteiligt werden.

„Nicht nur auf unseren Straßen, auch auf den Datenautobahnen muss es schneller vorangehen“, so der CSU-Bezirksvorsitzende zum kürzlich von der Bayerischen Staatsregierung beschlossenen beschleunigten Breitbandausbau: „1,5 Milliarden-Förderprogramm mit Erhöhung der Zuschüsse und Vereinfachung der Verfahren, das ist einmalig in Deutschland.“ □

Auf der Wunschliste steht weiter ein Bankautomat. Für das Pflegepersonal gibt es überwiegend Lob – wobei sich die Patienten auch von dieser Seite mehr Zeit wünschen. Sie selbst könne ebenfalls nicht den kompletten Gesprächsbedarf der Patienten abdecken, gab Walter zu.

Für Patienten mit langem Klinikaufenthalt ist es wichtig, dass Suppe, Hauptspeise und Dessert stets munden, dass es immer genug zu essen gibt und der Speiseplan abwechslungsreich ist. Diesbezüglich sind Walter keine Beschwerden bekannt. Ihre Aussagen decken sich in diesem Punkt mit jenen aus Erfahrungsberichten aus dem Internet. Auch dort wird das Essen oft als „ok“ bewertet. Ansonsten zeigen die Bewertungen der Patienten im Netz ein differenzierteres Bild als der Bericht der Patientenführsprecherin. Neben reichlich Lob gibt es mitunter harsche Kritik. Walter zufolge sind Onlinebewertungen jedoch mit Vorsicht zu genießen.

Der Bezirk installiert erstmals 1993 Patientenführsprecher in seinen psychiatrischen Krankenhäusern Lohr und Werneck. Sie sind gegen eine Aufwandsentschädigung tätig. Ende 2012 startete das bayerische Gesundheitsministerium eine Initiative mit dem Ziel, in allen Krankenhäusern des Freistaats Patientenführsprecher einzusetzen. Der Bezirksausschuss beschloss darum, dass auch in den bezirklichen somatischen Krankenhäusern künftig Patientenführsprecher tätig werden können. Dies sollen die einzelnen Klinikleitungen jedoch nach eigenem Ermessen entscheiden. Pat Christ

Vorschau auf GZ 17

In unserer Ausgabe Nr. 17, die am 11. September 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Umwelt-, Abfall- und Abwassertechnik
- Garten- und Landschaftsbau, Grünanlagen
- Kommunalfahrzeuge und Dienstfahrzeuge
- Kommunales Verkehrswesen, ÖPNV

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693300
www.stadtmoebel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Friedhofsausstattung

Friedhofsysteme

Telefon (0 21 61) 9 30 - 3
www.paul-wolff.com

PAUL WOLFF

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
Constanze von Hassel
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

BAUTECHNIK

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energieanbieter

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 • www.greencity-energy.de / keb.peter.keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen

36685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

November 2014

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

deko-jochum

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **50 Jahre Star**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!